

H. W. L.
JAN 3 1921

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 23 · 7. Jahrgang

Berlin, 1. Dezember 1926.

Der gegenwärtige Stand der Saartruppenfrage

Von Joh. Görgen, Genf.

Es ist ein eigenartiges Geschick, daß in einem Lande, welches der Hoheit des Völkerbundes unterstellt ist, nunmehr seit sieben Jahren immer noch ein Zustand herrscht, der als rechtswidrig bezeichnet werden muß. Man kann Verständnis dafür aufbringen, daß das Frankreich von Versailles die französischen Truppen im Saargebiet zur Sicherung seiner Gruben und zur politischen Propaganda belassen hat, wenn damit auch nicht gesagt sein soll, daß der rechtswidrige Zustand deutscherseits anerkannt werden könnte. Unverständlich erscheint es jedoch, wenn das Frankreich von Locarno, das auch heute noch im Gegensatz zu dem von Versailles im Innern des Landes steht, sich immer noch nicht hat entschließen können, die Truppen aus dem Saargebiet zurückzuziehen. Noch unverständlicher aber ist es, wenn der Völkerbundrat in der kommenden Sitzung am 6. Dezember die Saartruppenfrage wiederum vertagen will. Es wird damit argumentiert, daß die deutsch-französischen Annäherungsbestrebungen, die seit Thoiry so oft die europäischen Geister in Atem gehalten haben, durch die Aufrollung dieser Frage gestört werden könnten und daß infolgedessen die Besprechungen Briand-Stresemann eine unliebsame Verzögerung erleiden würden. Dieses Argument kann nicht als stichhaltig bezeichnet werden. Denn wenn seit den Tagen von Thoiry das Recht in Europa seinen Einzug gehalten haben soll, dann wäre es doch an Frankreich gelegen, endlich dem rechtswidrigen Zustand an der Saar ein Ende zu bereiten. Locarno liegt nun schon ein Jahr hinter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen und die Schwierigkeiten, die man anfangs schon zu messen glaubte, sind nicht vorhanden. Denn das Saargebiet ist in den Garantievertrag über die westlichen Grenzen Deutschlands nicht einbezogen worden. Es hätte also Frankreich schon nach Locarno die Möglichkeit gehabt, an der Saar einen befriedigenden Zustand zu schaffen, der dazu beigetragen hätte, die Atmosphäre zu entgiften. Wenn Frankreich die Versöhnung mit Deutschland tatsächlich will, so wäre die Saartruppenfrage der beste Gradmesser seiner ehrlichen Politik. Aber Frankreich verfolgt mit der Belassung dieser Truppen andere Ziele. Es will augenblicklich die Saartruppenfrage mit der Besetzung des Rheinlandes verknüpfen und somit einen Kuhhandel eingehen. Gegen eine derartige Absicht muß im Interesse des Rechts und der Annäherung der beiden Länder Einspruch erhoben werden. Die Saartruppen stehen in keinerlei Zusammenhang mehr mit der Rheinarmee. Oder soll das Saarland immer noch die Truppen in seinen Grenzen beherbergen, lediglich deshalb, weil Frankreich noch keine Lust verspürt, die Rheinarmee zurückzuziehen und deshalb, weil die Rheinarmeen eine Rückendeckung im Saargebiet haben müssen? Hier liegt der springende Punkt der ganzen Frage. Die Saartruppen sind für die französische Besatzungs-

armee die Etappenformation, die Anfangsstationen für alle möglichen Zwecke.

Wird der Rat nunmehr endlich für die Herstellung des Rechtszustandes Sorge tragen oder soll weiterhin an der Saar unter den Augen und unter Billigung des Rates der gesetzwidrige Zustand erhalten bleiben? Das hieße, einen rechtswidrigen Zustand sanktionieren. Das aber kann der Völkerbund unmöglich mit seinen Zielen vereinbaren, mit jenen Zielen, die in der Präambel der Völkerbundsatzungen als „Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen, Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“ bezeichnet werden. Der gegenwärtige Stand der Saartruppenfrage entspricht ebenfalls nicht den „Vorschriften des internationalen Rechtes, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind.“ Wenn diese Worte der Präambel zu den Satzungen des Genfer Bundes nichts anderes als schöne Worte sein sollen, dann soll der Rat in Genf dafür Sorge tragen, daß das internationale Recht, das auch für das Saarland Geltung hat, zur Anwendung gebracht wird.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Völkerbundrat bereits einmal die Zurückziehung der Saartruppen beschlossen hatte, daß er aber auch gleichzeitig die Regierungskommission aufforderte, einen Bericht über die zur Sicherung des Durchgangsverkehrs zu ergreifenden Maßnahmen zu erstatten. Eine bessere Waffe gegen das Recht konnte der Rat der Saarregierung wirklich nicht mehr in die Hand geben. Die Regierungskommission überreichte dem Völkerbund denn auch flugs einen Bericht, worin sie auf die Sicherung des Eisenbahnverkehrs, vor allem auf die Sicherung der französischen Truppentransporte hinwies. Das war das Werk Raults. Der Nachfolger Raults, der Kanadier Stephens, schlug in der Frage schon andere Töne an. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Anwesenheit der Truppen im Saargebiet nicht tragbar sei und zwar aus Gründen des Rechtes und der Moral. Denn

1. der Aufenthalt der Truppen sei mit dem Geiste und dem Buchstaben des Versailler Vertrages unvereinbar, und
2. die Regierungskommission habe sich selbst bereit erklärt, für den Schutz der Ordnung und der Personen, sowie der Güter Sorge zu tragen, und zwar ohne die Hilfe der französischen Truppen.

Diese sollten in unmittelbarer Nähe der Saargrenze auf lothringischem Boden stationiert werden.

Die Note der Regierungskommission vom 21. Mai zeigt innerhalb der Saarregierung Meinungsverschiedenheiten.

Hatte Rault am 28. Januar 1926 auf die Resolution des Rates vom 14. März 1925 den Rückzug der Truppen für undurchführbar erklärt, so war Stephens anderer Auffassung, die er auch in der eben angezogenen Note zum Ausdruck brachte. Bisher war dies in der Regierung unmöglich gewesen, daß die Minderheit in der Regierungskommission ihre Auffassung offiziell dem Rate mitteilen konnte. Der intransigente Standpunkt der frankophilen Mehrheit ist um so mehr zu verwundern, als der Vertragstext ganz klar und unzweideutig ist. Wenn das Saarstatut ein Vertrag ist, dann verpflichtet er beide Kontrahenten und die einseitige Auslegung eines Vertrages dürfte eigentlich im Zeichen der Morgenröte von Locarno, Genf und Thoiry nicht mehr möglich sein. Welchen Zweck haben letzten Endes die Besprechungen Briand-Stresemann, wenn nicht in erster Linie rechtswidrige Zustände beseitigt werden? Es könnte ja sonst noch der Eindruck erweckt werden, als ob auf Grund der deutsch-französischen Besprechungen die Räumung der Saar ein besonderes Wohlwollen Frankreichs wäre. Die Saar hat einen Rechtsanspruch auf die Räumung. Sie will dieses Recht.

Wie verlautet, soll die Besprechung der Truppenfrage an der Saar diplomatischen Verhandlungen vorbehalten bleiben, angeblich, um die Genfer Verhandlungen, die durch die Investigationsfrage ohnehin schon stark belastet sind, nicht noch mehr zu gefährden. Es muß aber mit aller Entschiedenheit betont werden, daß Deutschland einen Rechtsanspruch auf die Räumung des Saargebietes hat. Die Durchführung dieses Anspruches erkaufen, hieße den Zweck eines Vertrages zu verkennen, der in der restlosen Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen nach dem Grundsatz von

Treu und Glauben liegt. Thoiry kann seine ersten Auswirkungen an der Saar praktisch betätigen. Sonst ist und bleibt dieser Name eben nichts anderes als der Name eines stillen Juraörtchens.

Der Berichterstatter der „Kölner Zeitung“ in Genf berichtet seinem Blatte, daß für die nächste Tagung des Völkerbundsrates, die am 6. Dezember in Genf zusammentritt, die Dinge in der Frage der französischen Besatzungstruppen zu unbestimmt liegen. Sie sei im September wieder vertagt worden, offenbar in der Erwartung, daß die Verhandlungen in Thoiry bald eine unmittelbare deutsch-französische Regelung oder wenigstens Verständigung zur Folge haben würden. Man nehme in Genf an, daß eine neue Vertagung in Aussicht genommen sei, obgleich ein solches Verfahren nicht unbedenklich wäre und eine Lage schaffen würde, die sich nicht verewigen lasse. Der Völkerbundsrat müsse in der Tat unabhängig von anderweitigen Verhandlungen seine vertraglichen Aufgaben im Saargebiet durchführen.

Die in dem letzten Satz ausgesprochene Ansicht entspricht auch der allgemeinen Meinung an der Saar. Es geht in der Tat nicht an, daß die Entscheidung des Rates in dieser Frage von einer Sitzung in die andere verschleppt wird. Daß die französischen Truppen im Saargebiet entgegen dem klaren Wortlaut des Vertrages anwesend sind, hat der Rat seinerzeit selber zugestanden. Also müssen sie fort, alsbald fort, wenn der Gerechtigkeit Genüge getan sein soll. Darüber hinaus aber erwirbt sich der Rat durch die Herstellung der Rechtslage vielleicht auch noch ein Verdienst um ein rascheres Fortschreiten der Thoiry-Verhandlungen, in dem er einen Stein des Anstoßes aus dem Wege räumt.

Auf dem Wege zur Lösung der Saarfrage.

Dr. Krause-Wichmann.

Seit Locarno ist die Diskussion über die Lösung der Saarfrage nicht mehr zur Ruhe gekommen. Was damals in der französischen Presse nur schüchtern hin und wieder angedeutet wurde, daß nämlich Frankreich die vorzeitige Liquidierung der Saarfrage bereits in den Kreis seiner Erwägungen gezogen habe, das hat durch die Besprechungen von Thoiry feste Gestalt angenommen. Die beiden Außenminister sind sich darüber einig geworden, daß die Saarfrage im engsten Zusammenhang mit der Frage der endgültigen Rheinlandräumung gelöst werden soll. Diese Einstellung zu dem Problem entspricht auch vollkommen den Wünschen der Saarbevölkerung.

Zwar ist die Behandlung der Saarfrage angesichts dieser engen Verknüpfung infolge der derzeitigen Stokung der Thoiry-Verhandlungen ebenfalls auf einem toten Punkt angelangt. Man darf jedoch die aufgetretenen Schwierigkeiten nicht überschätzen. Der entscheidende Fortschritt seit Locarno, der beiderseitige Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, bleibt bestehen. (Daß es sich bei dieser grundsätzlich veränderten Einstellung Frankreichs zu dem ganzen Fragenkomplex letzten Endes um die Auswirkungen der Kräfteverschiebungen handelt, die seit Versailles innerhalb der Weltpolitik zugunsten Deutschlands eingetreten sind, sei hier nur angedeutet.)

Diese Einstellung zu dem Problem spiegelt sich deutlich in der französischen Presse wieder. Dort ist die Frage nach der Berechtigung der vorzeitigen Liquidierung der Saarafrage durchweg ohne Widerspruch — von den berufsmäßigen Heißblättern abgesehen — bereits der Frage nach den Modalitäten dieser Lösung gewichen. Dieser Stimmungsumschwung der öffentlichen Meinung in Frankreich — das darf nebenbei gesagt werden — ist außerordentlich bemerkenswert; er zeigt, daß Briand den notwendigen Kontakt mit der öffentlichen Meinung seines Landes gefunden hat, dessen Herstellung in Locarno als Voraussetzung für die wirksame Neuorientierung der französisch-deutschen Beziehungen von beiden Seiten anerkannt wurde.

Wie aus der Rheinlandfrage, will Frankreich auch aus der Saarräumung ein gutes Geschäft machen. Um einen möglichst hohen Verkaufspreis der Gruben zu rechtfertigen (die von Deutschland laut Versailler Vertrag bekanntlich zurückgekauft werden müssen), werden allerhand unsinnige Zahlen über die enorme Rentabilität der Saargruben verbreitet. Die Handels-

ammer Nancy erklärt in einer tendenziösen Entschliebung, daß der Wert der Gruben, die „beachtliche Mittel“ für das Budget zur Verfügung stellen, von Jahr zu Jahr wachse (!). In einer soeben erschienenen Broschüre „Die finanzielle Organisation der Saargruben“ behauptet der französische Grubeningenieur Dr. Roy, Frankreich könne in Zukunft jährlich 150 Millionen Goldmark (!) Gewinn aus den Gruben herausziehen. Dem steht die Behauptung der „Revue de Paris“ gegenüber, daß Frankreich in den letzten sieben Jahren bei einer Investierung von 77 Millionen Goldmark nur einen Gewinn von 105 Millionen Papierfranken von den Gruben erzielt habe. Tatsache ist, daß Frankreich infolge seines Raubbaues und der günstigen Lage des Weltkohlenmarktes von 1920 bis 1923 — wie aus der amtlichen französischen Statistik hervorgeht — 100 Millionen Goldmark Gewinn (Frankenverkaufspreis bei Inflationsgeschiehungen!) aus den Gruben herauszog. Diese Rentabilität ist aber in den folgenden Jahren so sehr zurückgegangen, daß es zweifelhaft erscheint, ob heute überhaupt noch von einer solchen gesprochen werden kann. Auf jeden Fall stellt der Abbruch des englischen Bergarbeiterstreiks im Zusammenhang mit der Stabilisierung des französischen Franken selbst eine geringe Rentabilität für die Zukunft sehr stark in Frage.

Stärker als diese Forderungen nach einem hohen Verkaufspreis der Gruben ertönt der Ruf nach Sicherung des französischen Absatzmarktes im Saargebiet. (In unterrichteten Kreisen des Saargebietes schätzt man den Wert der Gruben auf 250 bis höchstens 300 Millionen Mark. Der gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ beziffert ihren Preis auf 12 Millionen Pfund — 240 Millionen Mark.) Die Meher Handelskammer forderte kürzlich als Zugeständnis für die vorzeitige Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland „auf alle Fälle“ die Aufrechterhaltung der Zollunion mit Frankreich bis 1935. Das Meher „Freie Journal“ bezeichnet das Saargebiet als den nach Algerien größten französischen Kunden, dessen Zolleinbeziehung am 10. Januar 1925 weite Wirtschaftskreise Elsass-Lothringens angesichts des Verlustes des luxemburgischen Marktes vor dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt habe. In der Tat ist das Saargebiet zu einem sehr bedeutenden Abnehmer französischer Erzeugnisse geworden. Seine Aufnahme französischer Güter hat sich von 365 Millionen Franken im Jahre

1922 auf 1370 Millionen Franken im Jahre 1924 gehoben und ist — worüber amtliche Zahlen leider noch nicht vorliegen — inzwischen weiter ständig gewachsen. Die Getreideausfuhr Frankreichs nach dem Saargebiet stieg beispielsweise in diesem Zeitraum von 426 500 Doppelzentnern auf 1054 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr von Kartoffeln von 24 000 auf 300 000 Doppelzentner, die Schokoladenausfuhr von 408 auf 7800 (!) Doppelzentner, die Zucker- und Zuckwaren- ausfuhr von 922 auf 28 980 Doppelzentner usw. Die auffallendste Steigerung weist die Automobilausfuhr auf, die sich von 16 Wagen im Jahre 1922 auf 1781 im Jahre 1924 hob. Die Lederwarenausfuhr stieg von 1922 bis 1924 um das Dreifache, von 266 Doppelzentner auf 8900 Doppelzentner, Metallwaren von 1500 auf 132 000 Doppelzentner. Diese wenigen Zahlen lassen bereits die große Bedeutung des Saargebiets für den französischen Export erkennen. Daß man französischerseits, vor allem in Elsass-Lothringen, wie in der oben angeführten Entschließung der Handelskammer Metz zum Ausdruck kommt, wenig erbaut ist von der Aussicht, diesen fetten Absatzmarkt zu verlieren, ist verständlich. Die geforderte Beibehaltung der Zollunion des Saargebiets mit Frankreich bis 1935 ist jedoch mit der vorzeitigen Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland, die ohne Ein-

schränkung geschehen muß, soll sie überhaupt einen Wert haben, nicht vereinbar. Wenn sich für die französische Einfuhr, insbesondere für Elsass-Lothringen, daraus Schwierigkeiten ergeben, so kann es nicht Deutschlands Aufgabe sein, diese Schwierigkeiten, die ausschließlich dem Konsens des Versailler Vertrages entspringen, durch Verzicht auf die Rückkehr des Saarbedens in das deutsche Zollsystem zu beseitigen. Ueber diese Frage läßt sich ja noch verhandeln. Die „Lothringer Volkszeitung“ charakterisiert die Lage durchaus zutreffend, wenn sie darauf verweist, daß bei einer vorzeitigen Lösung der Saarfrage die französischen Interessen durch besondere Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich mit besserer Aussicht auf Erfolg als bei einer zwangsläufigen Regelung im Jahre 1935 vertreten werden können.

Der Wille zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, auf der man in wirtschaftlicher Beziehung durch den Abschluß des Stahlpaktes, des Saarzollzweigenabkommens vom 5. August und des Ergänzungsabkommens für die Eisenindustrie vom 8. November, einen guten Schritt weitergekommen ist, rechtfertigt die Hoffnung, daß auch diese Frage bei der endgültigen Lösung des Saarproblems kein entscheidendes Hindernis bilden wird.

Acht Jahre Franzosen im Saargebiet.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Am 23. 11. 1918 zogen die Franzosen ins Saargebiet ein. Mit großer Aufmachung. Sie hatten erwartet, daß sie hier ebenso freudig und festlich empfangen würden wie in Elsass-Lothringen. Groß war daher ihre Enttäuschung, als sie sehen mußten, daß für ihren Empfang absolut nichts vorbereitet war und die Bevölkerung alles andere als freundliche Gesichter machte. Trotz aller Widerwärtigkeiten, die der Krieg, namentlich sein Ende und der damit verbundene Umsturz, mit den besonders üblen Begleiterscheinungen in den ersten Tagen mit sich brachten, wollte man an der Saar von den Franzosen nichts wissen, wenigstens nicht bei den breiten Schichten aller Stände. Man blieb sich auch in diesen dunklen Tagen, in denen in unserem lieben Vaterlande alles drunter und drüber ging, an der Saar bewußt, was Deutscher im Grenzland sein heißt und was erst recht seine Pflicht ist, wenn Volk und Vaterland von einem großen Unglück betroffen werden. Und so ist es geblieben bis heute.

Alle Verwelschungsversuche der Franzosen und der seit 1929 im Saargebiet tätigen, vom Völkerbund ernannten Regierungskommission blieben ohne Erfolg. Zu der ersten großen Enttäuschung, die die Franzosen bei ihrem Einzug 1918 erlebten, sind für sie seit dem so viele andere gekommen, daß sie inzwischen selber einsehen mußten — ob sie wollten oder nicht — daß ihre Hoffnung, die Bevölkerung für einen Anschluß an Frankreich zu gewinnen, sich nicht erfüllen wird. Allerdings haben sich die französische Regierung und der größte Teil des französischen Volkes sehr lange der Tatsache verschlossen, daß es sich im Saargebiet um eine rein deutsche Bevölkerung handelt, die mit allen Fasern ihres Herzens an ihrem Vaterlande hängt und weder durch Liebeswerben, noch durch Gewalt zu Franzosen zu machen ist. Das schließlich doch einsehen zu müssen, schmerzte die Franzosen sehr und betrübte sie durchweg auch heute noch. Selbstbewußt wie sie sind, von der Ueberlegenheit ihrer Kultur überzeugt und in dem Gefühl des Siegers glaubten sie, die Herzen der Saarbevölkerung verhältnismäßig leicht erobern zu können. Es kam — wie gesagt — jedoch ganz anders. Das Deutschtum hat sich an der Saar fester als je in den Herzen der Bevölkerung verankert und die Franzosen werden sich hiermit, wohl oder übel, für alle Zeiten abzufinden haben. Auch damit, daß ihres Bleibens an der Saar nicht lange mehr sein kann, wenigstens nicht so lange, wie sie hier zu bleiben hoffen.

Zunächst wird hier bestimmt erwartet, daß der Völkerbund in seiner kommenden Ratssitzung, die am 6. Dezember beginnt, nunmehr endgültig dafür sorgt, daß das französische Militär aus dem Saargebiet verschwindet und zwar unverzüglich. Es hat seit der Einsetzung der Regierungskommission — also seit Frühjahr 1920 — hier kein Aufenthaltsrecht mehr, selbst nicht nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags, hält sich also schon mehr als 6 Jahre völlig widerrechtlich an der Saar auf. Es ist daher wirklich an der Zeit, daß das französische

Militär das Saargebiet restlos verläßt und zwar auf Nimmerwiedersehen. Trotz des achtjährigen Aufenthalts französischer Truppen im Saargebiet wird uns der Abschied von ihnen wirklich nicht schwer fallen. Im Gegenteil; wir werden nach ihrem Abmarsch wie erlöst aufatmen und sagen: „Gott sei Dank! Wieder sind wir der endgültigen Befreiung aus der Fremdherrschaft einen großen Schritt nähergekommen!“

Aber die Zurückziehung der französischen Truppen genügt nicht. Es ist wirklich auch an der Zeit, daß das der Bevölkerung durch den Versailler Vertrag angetane Unrecht schnellstens wieder gut gemacht wird, soweit dies eben möglich ist. Wenn Frankreich Deutschlands guter Nachbar werden und mit ihm in Frieden leben will, und wenn man in Europa die Wege für eine Annäherung der Völker ebnen und zu einer befriedigenden Lösung der brennendsten europäischen Probleme kommen will, dann muß zunächst das Saarproblem so gelöst werden, wie es die Bevölkerung an der Saar mit begründetem Recht verlangt. Das sollte in einer Zeit, in der so viel von Selbstbestimmungsrecht und Freiheit geredet wird, eigentlich für alle Menschen, die auf Anstand und Ehrlichkeit halten, eine Selbstverständlichkeit sein. Der Widerspruch, der zwischen der Behandlung des Saargebietes und dem Verhalten des Völkerbundes hierzu auf der einen und den Worten seiner Führer und der heutigen Auffassung über Staat und Völker auf der anderen Seite besteht, ist so stark, daß das durch das Ansehen des Völkerbundes bereits schwer gelitten hat. Das Saarproblem belastet eben die ganze europäische Politik, die nicht früher zu einer wirklichen Ruhe kommen wird, bis das Saargebiet wieder völlig mit seinem deutschen Vaterlande vereinigt ist. Dies ist von uns schon sehr oft und seit langer Zeit gesagt worden.

Ganz allmählich hat diese Auffassung auch an Boden gewonnen, dank der unentwegten und entschiedenen deutschen Haltung der Saarbevölkerung und der Aufklärungsarbeit der saarländischen Presse und des „Saar-Freundes“. Es ist daher erklärlich, daß man in Genf und Thoiry auch in den zunächst beteiligten Regierungskreisen über die Lösung der Saarfrage nachgedacht und besprochen hat; auch daß diese Frage in der nächsten Zeit nicht aus dem Kreis der außenpolitischen Erörterungen, namentlich in Deutschland und Frankreich, verschwinden wird. Zeitweise schien es fast schon so, als stehe die Lösung ziemlich nahe bevor, so viel wurde von Versöhnung und Verständigung geredet und geschrieben. Inzwischen wird aber auch dem kühnsten Hoffler klar geworden, daß der schnellen Erledigung der Saarfrage noch sehr große Schwierigkeiten im Wege stehen und wir uns an der Saar wahrscheinlich noch auf einige Jahre Fremdherrschaft gefaßt machen müssen. Daher gilt es, weiterzuarbeiten an dem Befreiungswerk. Wir haben infolgedessen auch mit Dank festgestellt, daß am 22. November, bei der Eröffnung des vierten Sitzungsabschnittes unseres Saarlandesrats die drei maßgebenden Parteien des Saar-

gebietes, die lange Hand in Hand gingen, bei der Abwehr von Angriffen auf unser Deutschtum und bei Versuchen, unsere Heimat zu befreien (Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsch-Saarländische Volkspartei) wieder gemeinsam ihre Stimme erhoben haben, „um dem einmütigen Wunsche der Bevölkerung feierlichst Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben wird“.

Wenn in der Erklärung der Parteien zunächst die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich begrüßt wird, so entspricht auch dies der Auffassung weitaus vieler Kreise der Bevölkerung an der Saar. Und es ist auch richtig, was die „Saarbrücker Zeitung“ (Nr. 318/26) hierzu schreibt, nämlich, daß die Bevölkerung die Franzosen nicht haßt und durchaus in der Lage wäre, ihre guten Eigenschaften zu schätzen und der Kampf daher nicht gegen die Franzosen als solche gehe, sondern gegen die Angriffe auf das Deutschtum. Sie hätte hinzusetzen können, daß die Mehrheit der Saardeutschen, wenn sie auch nichts gegen die Franzosen als Volk und Nachbarn hat, doch von französischer Kultur und Zivilisation am liebsten ganz verschont bleiben möchte und ihre deutsche Eigenart so unverfälscht wie möglich erhalten will. Deswegen können wir doch einer deutsch-französischen Verständigung freundlich und fördernd gegenüberstehen, ja sogar gut Freund miteinander sein. Der eine muß eben den andern in Ruhe lassen, vor allem, soweit es sich um nationale oder kulturelle Angelegenheiten handelt. Doch das nur nebenbei.

Allgemein hat man hier auch besonders freudig davon Kenntnis genommen, daß die Sozialdemokratische Partei, die eine Zeitlang auch bei allgemein deutschen Fragen von großer Wichtigkeit allein marschierte, sich wieder mit den beiden anderen Parteien, die für ein gemeinsames Handeln in Frage kommen und hierzu stets bereit waren, zusammengefunden hat. In Fragen, die eine Erleichterung unseres harten Loses unter der Fremdherrschaft oder gar die baldige Rückforderung des Saargebietes zu Deutschland betreffen, darf es bei uns keine Trennung geben. müssen wir gemeinsam vorgehen, wenn der größtmögliche Erfolg erzielt werden soll.

Daß man auch in sozialistischen Kreisen Frankreichs, Englands und Belgiens mehr und mehr einsieht, daß die Saarfrage im Sinne der Bevölkerung des Saargebietes, d. h. im deutschen Sinne, gelöst werden muß und zwar sobald wie möglich, zeigt u. a. auch eine gemeinsame Forderung der sozialistischen Parteien dieser Länder und der Deutschen, die auf der sogenannten Vierländerkonferenz, die am 21. und 22. Nov. d. J. in Luxemburg stattfand, aufgestellt wurde. Sie lautet:

„Die sozialistischen Parteien müssen dafür sorgen, daß im Zusammenhang mit der Lösung des Rheinproblems das Schicksal der Bevölkerung des Saargebietes endgültig und ihrem Willen entsprechend geregelt werden. Es liegt im Interesse keines Landes, die harte Zeit, die der Versailler Vertrag der Saarbevölkerung auferlegt hat, fortbauern zu lassen. Eine freundschaftliche Regelung, für die alle Voraussetzungen bereits geschaffen sind, würde die deutsch-französische Annäherung wirksam fördern.“

So begrüßenswert solche Willenserklärungen auch sind und so sehr ihre Urheber uns auch zu Dank verpflichten, so können sie uns doch nicht veranlassen, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Wir sind eben sehr vorsichtig, ja misstrauisch in diesen Dingen geworden. Das soll beileibe nicht heißen, daß wir nicht gewiß wären, daß der Tag unserer Wiedervereinigung mit Deutschland kommen wird. Davon sind wir von jeher fest überzeugt gewesen, sonst hätten wir den schweren Abwehrkampf nicht so erfolgreich führen können. Ebenso gewiß wie wir also wissen, daß der Befreiungstag auch für uns kommen wird, ebenso sicher sind wir aber auch davon überzeugt, daß es noch recht vieler und zäher Arbeit bedarf, bis unser Ziel erreicht ist. Wer die französische Einstellung kennt und die Äußerungen der französischen Presse, namentlich auch die der letzten Tage, ruhig auf sich wirken läßt, das Echo beachtet, das selbst die ruhigen und zurückhaltenden Ausführungen Stresemanns bei der Besprechung der außenpolitischen Lage am 23. und 24. November im Reichstage in Frankreich gefunden haben, und gelesen hat, was Herr Levaucher, der erste Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Saarlandesrats,

kürzlich in einer großen Versammlung im Städtischen Saalbau in Saarbrücken über die Lage der saarländischen Außenpolitik und die in Genf gemachten Erfahrungen sagte, der wird ungefähr ahnen, was es noch alles zu tun gibt, bis wir sagen können, unser Ziel ist erreicht.

Herr Levaucher hofft, daß uns die Verhandlungen spätestens im Jahre 1928 zu Deutschland zurückführen werden, rechnet also auch noch mit zwei Jahren, sagte aber an anderer Stelle seiner Darlegungen auch: „Wenn Deutschland zum zwanzigsten Male in Genf gewesen ist, dann sind wir einen großen Schritt weiter“. Wenn man solche Ausführungen auch nicht wörtlich nehmen soll, so zeigen sie doch, daß selbst ein so gesunder Optimist wie Herr Levaucher es ist, dem im Verein mit anderen führenden Politikern des Saargebietes zweifellos auch schon große politische Erfolge beschieden waren, sich, weil er die Verhältnisse genau kennt, darüber klar ist, daß die Kämpfe um die Befreiung der Saar noch längst nicht zu Ende sind. Daraus ergibt sich für alle Deutschen, besonders aber für alle zuständigen Stellen im Reich und auch für den Bund der Saarvereine, gemeinsam mit uns mit allem Nachdruck dahin zu arbeiten, daß auch für die Saarbevölkerung die Stunde der Befreiung bald schlägt.

★

Das Saargebiet will heim.

Der Landesrat leitete seine 4. Sitzungsperiode am 22. November mit einer bemerkenswerten Kundgebung ein. Diese war doppelt bemerkenswert: Einmal wegen ihres Inhalts, zum andern, weil nach langer Zeit auch die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes sich mit den übrigen politischen Parteien zu dieser Kundgebung wieder zusammensand. Ausgehend von der Tatsache der deutsch-französischen Verhandlungen über eine Vereinigung der zwischen beiden Ländern bestehenden Differenzpunkte hielt es der Landesrat für zeitgemäß und zweckmäßig, als den einmütigen Willen der Saarbevölkerung vor aller Welt das Folgende zu erklären:

„Das Saargebiet begrüßt auf das aufrichtigste die Annäherung zwischen dem deutschen Vaterlande und Frankreich. Es ist davon überzeugt, daß die Befriedung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängt, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endlich beseitigt werden. Einer der wesentlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Landesrat als die gewählte Vertretung des Saarvolkes hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsche der Bevölkerung feierlichst Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.“

Die „Saarbrücker Zeitung“ versteht diese Kundgebung unter anderem mit folgender treffenden Bemerkung:

Wenn wir uns all die Jahre mit letzter Kraft gewehrt haben, so geschah es nicht, weil wir von vornherein etwas gegen die Franzosen hatten, sondern weil wir Deutsche sind. Es ist das Erhebendste gewesen in den vergangenen Jahren für jeden Saardeutschen, daß all das Ungemach, das wir erdulden mußten, uns nur noch fester und enger zusammenschloß. Nur die Aktion vor dem Volkstum kann die Befriedung Europas bringen, wie nur aus einem wahrhaft nationalen Menschen ein guter Europäer werden kann. Denn wer hier verwachsen ist, ist es auch dort. Lasse man uns also endlich wieder dahin, wo wir hingehören und wo unser Herz uns gebieterisch hinzieht.

Daß die Rückkehr zum deutschen Vaterlande der einmütige Wunsch der ganzen Saarbevölkerung ist, das ist oft genug zum Ausdruck gekommen. Der Landesrat hat sich ein großes Verdienst erworben, daß er das gerade jetzt noch einmal ausgesprochen hat. Es ist eine einfache Wahrheit zwar, aber die einfachen Wahrheiten haben oft den schwersten Stand.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ nimmt gleichfalls zu dieser Erklärung Stellung und meint, daß sie der augenblicklichen politischen Lage sachlich gerecht wird und geeignet ist, die Dinge in unserem Sinne voranzutreiben. Sie ist also politisch nützlich. Es liegt auch durchaus im Sinne des gesunden politischen Menschenverstandes, daß die Parteien, die im Reich gemeinsam die Verständigungs- und Befriedungspolitik treiben,

hier an der Saar auf denselben gemeinsamen Boden treten. Das Blatt unterstreicht dabei die Tatsache, daß mit dieser Erklärung zum ersten Male seit drei Jahren die in der heroischen Zeit des Saargebiets begründete und danach aus den bekannten Gründen von der Sozialdemokratie gesprengte Einheitsfront der beiden bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie wieder in Erscheinung trat.

★

M. Braun und der Saar-Verein.

Der unter dieser Überschrift in Nr. 17 unseres Blattes erschienene Artikel hat in sozialdemokratischen Kreisen Unwillen erregt. Wir werden darauf hingewiesen, daß nach Erscheinen der in dem Artikel angezogenen früheren Auslassungen des „Saarfreund“ in der Angelegenheit Braun eine Unterredung eines Vertreters des Saar-Vereins mit einem Vertreter der sozialdemokratischen Parteileitung stattgefunden hat, die damit endete, daß

angesichts der Haltlosigkeit oder mißverständlichen Auslegung der Angriffe gegen Braun der Saarverein in Zukunft sich streng neutral in dieser Angelegenheit einstellen würde. Weiter hat im Sommer 1925 eine von der Sozialdemokratischen Partei eingesetzte Kommission die gegen Braun erhobenen Vorwürfe im einzelnen nachgeprüft und festgestellt, daß nichts vorliege, was solche Angriffe als gerechtfertigt erscheinen ließe. — Beide Vorgänge waren dem Schreiber des obigen Artikels unbekannt. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir, wenn wir sie gekannt hätten, uns auf eine Zurückweisung der Angriffe Brauns auf den Saarverein aus Anlaß der Kölner Vorgänge beschränkt hätten, ohne auf frühere Dinge zurückzugreifen. Wir wünschen nichts mehr, als auch mit der Sozialdemokratie in der Frage des Deutschtums im Saargebiet möglichst Hand in Hand zu arbeiten.

Wir erwarten andererseits, daß Herr Braun die Haltung dem Saar-Verein und dem „Saar-Freund“ gegenüber einnimmt, die ein ersprießliches Zusammenarbeiten möglich macht.

Schriftleitung des „Saar-Freund“.

Das Saargebiet in der außenpolitischen Debatte.

Die Frage der künftigen Gestaltung des Saargebiets ist seit der Besprechung von Thoiry in zunehmendem Maße Gegenstand der politischen Erörterungen geworden. Nicht nur in Deutschland und in Frankreich, auch in anderen Ländern hat man sich mit der Frage befaßt, wie sich mit der Durchführung der Thoiry-Politik die Saarverhältnisse gestalten würden. In Deutschland hat es optimistische Kreise gegeben, die glaubten, daß die vorzeitige Regelung der Saarfrage nur noch eine Frage von Monaten sein könne. Diese Auffassung hat sich als trügerisch erwiesen, um so mehr, als Poincaré, der als Stabilisierungspräsident die letzte französische Regierung bildete, mit scheinbar zunehmendem Erfolg seiner Währungspolitik sich immer mehr in die Außenpolitik einmischte. Als die ersten Anzeichen bemerkbar wurden, daß es mit den Thoiry-Verhandlungen nicht so schnell vorwärts gehen werde, konnte man in der französischen Presse eine merkwürdige Umstellung der Meinungen über die Saarfrage beobachten. Während man zuerst im Zusammenhang mit der Thoiry-Politik die vorzeitige Regelung der Saarfrage gleichsam für etwas Selbstverständliches hinnahm und lediglich darüber verschiedener Meinung war, welchen Preis man von Deutschland für den Rücklauf der Saargruben fordern sollte, kann man jetzt mehr und mehr der Meinung begegnen, daß von einer vorzeitigen Rückgabe des Saargebiets gar keine Rede sein könne.

Diese Feststellung ist gewiß nicht sehr erfreulich; immerhin darf man aber das als Ergebnis der Thoiry-Verhandlungen verbuchen, daß die Frage einer Neuregelung des Saargebiets zum aktuellen Thema außenpolitischer Erörterungen geworden ist. Bei den verschiedensten Gelegenheiten erhebt man jetzt von deutscher Seite die Forderung, daß das Saargebiet sobald wie möglich Deutschland wieder zurückgegeben werden muß. So hat erst kürzlich wieder die deutsche Sozialdemokratie auf dem sozialistischen Vierländerkongreß in Luxemburg als Forderung der internationalen Sozialdemokratie unter anderem auch die baldige Rückgabe des Saargebiets an Deutschland aufgestellt. Sie hat diese und verschiedene andere Forderungen damit begründet, daß die Saarfrage einer jener Punkte ist, die den europäischen Frieden und die europäische Völkerverständigung gefährden müssen, solange sie nicht eine dem Selbstbestimmungsrecht entsprechende Regelung erfahren haben. Auf Grund dieser Anregungen von deutscher sozialistischer Seite hat der genannte Kongreß in einer Entschließung festgestellt, daß als Ergebnis der Konferenzen von London und Locarno, der Völkerbundtagung von 1926 in Genf und der Zusammenkunft von Thoiry wesentliche Fortschritte in der Politik der Verständigung der europäischen Völker erzielt worden sind. Die Resolution nimmt dann zu den schwebenden Fragen der internationalen Politik Stellung und beschäftigt sich in Punkt 5 dann auch mit der Saarfrage. Hierzu wird erklärt:

„Die sozialistischen Parteien müssen dafür sorgen, daß im Zusammenhang mit der Lösung des Rheinproblems das Schicksal der Bevölkerung des Saargebiets endgültig und ihrem Willen entsprechend geregelt werde. Es liegt im Interesse keines Landes, die harte Zeit, die der Versailler Vertrag der Saarbevölkerung auferlegt hat, fortauern zu lassen. Eine freundschaftliche Regelung, für die alle Voraussetzungen bereits geschaffen sind, würde die deutsch-französische Annäherung wirksam fördern.“

Im deutschen Reichstag fand vom 23. bis 25. November die schon vor längerer Zeit angekündigte große außenpolitische Aussprache statt, in der sowohl von Seiten der Regierung wie auch von Seiten der Parteien auf die Saarfrage hingewiesen worden ist. In der von den Regierungsparteien abgegebenen gemeinsamen Erklärung heißt es unter anderem:

„Der Versuch, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Ausgangspunkt einer Aktion zu machen, deren Weiterentwicklung die Verständigung mit Frankreich und eine vollständige und endgültige Befreiung der noch besetzten Gebiete, wie auch die Wiedervereinigung des deutschen Saargebietes mit dem Mutterland herbeiführen soll, findet unsere uneingeschränkte Zustimmung.“

Insgesamt werden wir die Reichsregierung auf dem in Genf und Thoiry begonnenen Wege zielbewußt weiter unterstützen. Wir erwarten dabei von ihr tatkräftige Betonung unseres politischen Rechts auf die Befreiung der besetzten Gebiete und Ausnutzung der Deutschland auf Grund der Verträge zustehenden Bewegungsfreiheit.“

Der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Hermann Müller, sagte unter anderem:

„Wenn wir von der Befreiung von Rhein und Pfalz sprechen, dann denken wir selbstverständlich auch an die Befreiung der Saarbevölkerung. Unzweifelhaft haben erst kürzlich wieder alle Parteien des Saarparlaments zusammen zum Ausdruck gebracht, daß das Saargebiet unverzüglich wieder an Deutschland kommen muß. Vielleicht kann man bei der Unbezweifelbarkeit des Ergebnisses der im Versailler Vertrag vorgesehenen Abstimmung sich darauf einigen, daß die Rückkehr des Saargebietes an Deutschland ohne Abstimmung erfolgt. Wenn die französische Regierung einer solchen Abmachung zustimmt, so würde sie damit die Politik der Verständigung aufs trefflichste fördern und damit auch die Revancheschreier auf beiden Seiten zum Schweigen bringen. (Sehr schreier auf beiden Seiten zum Schweigen bringen.)“

Ganz selbstverständlich ist es, daß die Befreiung nicht abgelöst werden darf durch ein anderes Regime, das neue Schikanen ermöglicht. Für eine Sonderbehandlung des Rheinlandes nach der Aufhebung der Räumung gibt der Versailler Vertrag nicht die geringste Handhabe.“

Aus früheren Auslassungen von zuständiger deutscher Seite aus weiß man, daß die vorzeitige Rückgabe des Saargebiets an Deutschland zu dem Fragenkomplex gehört, der im Zuge der Thoiry-Verhandlungen der Prüfung unterliegt.

In diesem Zusammenhang ist ein Vorgang nicht ohne Interesse. Am 24. November wurde der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, Stephens, in Begleitung des französischen Mitgliedes der Kommission, Morize, von Briand empfangen. Vorher hatte eine längere Unterredung zwischen Briand und dem deutschen Botschafter von Hoersch stattgefunden. Von französischer zuständiger Seite wurde erklärt, daß der Besuch der Vertreter der Regierungskommission des Saargebiets bei Briand in keinerlei Beziehung zu der Unterredung Briands und von Hoersch gestanden habe. Ein deutsches Nachrichtenbureau hatte im Anschluß an die Meldung über den Besuch des Präsidenten Stephens bei Briand die Bemerkung geteilt:

„Wenn auch die französische Regierung in der Saarfrage noch keinerlei Beschlüsse gefaßt hat, so scheint doch bei dem Gedanken-
austausch zwischen Stephens und Briand auch die Frage einer
möglichst früheren Rückgabe des Saargebiets angeschnitten
worden sein.“

Dieser Kommentar, der keine Behauptung, sondern lediglich
eine Vermutung ausspricht, hatte in der Regierungskommission
des Saargebiets stärkste Erregung ausgelöst, die sich in einer sehr
bestimmten Berichtigung an die Saarpresse äußerte. Man er-
klärte sehr energisch, daß die in der fraglichen Meldung ent-
haltenen Angaben keineswegs den Tatsachen entsprächen. Man
ist geneigt, zu fragen: Weshalb können Herr Stephens und seine
Kollegen in der Saarregierung über eine solche Mutmaßung so
außerordentlich empört sein? Wäre es wirklich etwas Uner-
hörtes, wenn man jetzt nach den wochenlangen Erörterungen über
den Grundgedanken der Thoiry-Politik eines der in Frage kom-
menden Streitobjekte einer praktischen Bearbeitung unterwürfe?
Allerdings wäre es dann falsch, wenn man hierzu Herrn Stephens
und ausgerechnet Herr Morize gleichsam als Hauptsachverständige
in dieser Frage vernehmen wollte. Denn über eine vor-
zeitige Regelung der Saarfrage ist nicht die
Saarregierung, sondern in erster Linie Deutsch-
land und Frankreich zuständig und zwar nach § 38 des
Saarstatuts, der vorsieht, daß Frankreich und Deutsch-
land durch besondere Vereinbarungen vor dem
für die Bezahlung des Rückkaufspreises der
Gruben festgesetzten Zeitpunkt die Bestimmung
der §§ 36 und 37 abändern können. Diese beiden Para-
graphen behandeln die Formalitäten des Rückkaufes der Saar-
gruben. Da das ganze Saarstatut letzten Endes auf diese beiden
Paragraphen aufgebaut ist, ergibt sich schon aus dieser Tatsache,
daß bei Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland
über einen vorzeitigen Rückkauf der Saargruben die vorzeitige
Rückgabe des Saargebiets an Deutschland automatisch ver-
bunden ist.

Diese Tatsache läßt aber auch erkennen, daß Briand sich nicht
mit Herrn Stephens über die vorzeitige Rückgabe des Saargebiets
unterhalten haben kann. Die Unterredung kann sich lediglich auf
Fragen bezogen haben, die gewisse französische Interessen im Saar-
gebiet berühren. Es liegt nahe, daß es sich um die Frage der Zu-
rückziehung der französischen Saartuppen gehandelt hat. Aber
auch hier muß auffallen, daß man lediglich Herrn Stephens und
Herrn Morize, nicht aber auch den saarländischen Vertreter Herrn
Kohmann, zu dieser Besprechung hinzugezogen hat, der bekanntlich
in der Frage der Saarbefahrung gleichfalls ein Gutachten abge-
geben hat. Wenn man boshaft sein wollte, müßte man zu der
Auffassung kommen, daß die Besprechung der Saarregierungs-
vertreter bei Briand dem Zwecke diene, Herrn Stephens zugunsten
des Gutachtens des französischen Mitgliedes der Saarregierung in
der Saartuppenfrage umzustimmen.

Es bliebe natürlich auch noch eine andere Schlussfolgerung
aus dem Besuch der Saarregierungsvertreter bei Briand übrig,
die nämlich, daß Frankreich seine Methoden hinsichtlich der Saar-
fragen nicht geändert hat, daß es vielmehr auch weiterhin vor
der Behandlung der Saarfrage im Völkerbund der Saar-
regierung Richtlinien für ihr Verhalten dem Völkerbund gegen-
über gibt. Wir möchten aber nicht annehmen, daß Herr Stephens
selbst von Paris entgegennimmt. Immerhin bleibt festzustellen,
daß Herr Stephens es bisher nicht für notwendig
gehalten hat, der deutschen Reichsregierung,
die an dem Saargebiet mindestens so viel Inter-
esse haben muß wie die französische, einen Be-
such abzustatten, während er sich zur Besprechung
von Fragen der Saar-Verwaltung schon wieder-
holt nach Paris begeben hat. Deutschland ist bekanntlich
gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied und ständiges Mitglied des
Völkerbundesrates. Es darf seit seinem Eintritt in den Völkerbund
hinsichtlich der Saarfrage die gleichen Ansprüche auf Anhörung
seiner Gesichtspunkte über die Saarverwaltung stellen, wie
es Frankreich seit Bestehen der Völkerbundsverwaltung an der
Saar getan hat. Vielleicht berücksichtigt man das in Zukunft
innerhalb der Saarregierung.

Die politische Bedeutung des neuen Saarzollabkommens.

Das am 6. November in Berlin zwischen Deutschland und
Frankreich abgeschlossene neue Saarzollabkommen hat in der
deutschen und französischen Presse die Beachtung gefunden, die
es als Wirtschaftsabkommen durchaus verdient. Wie sich dieses
Abkommen im einzelnen sowohl wie in seiner Gesamtheit im
Saargebiet wirtschaftlich auswirken wird, hängt in erster Linie
wohl davon ab, wie sich die Währungsverhältnisse in Frankreich
und damit im Saargebiet gestalten.

Von ganz besonderer Bedeutung ist dieses Abkommen aber
in politischer Hinsicht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es
zum Abschluß dieses Abkommens nicht gekommen wäre, wenn
man den Versuch hierzu etwa in der Atmosphäre des Ruhrkrieges
unternommen hätte. Die Tatsache der Verhandlungen selbst ist
schon ein Beweis dafür, in welcher Weise sich der Geist von
Thoiry in den Beziehungen der beiden Länder auswirkt. Es
bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß den Verhandlungen
zwischen dem französischen Unterhändler Serron und dem deut-
schen Vertreter, Ministerialrat Dr. Bosse, weitreichende wirt-
schaftliche Erhebungen vorausgegangen sind, an welchen die
Saarwirtschaft hervorragend beteiligt gewesen ist. Im allge-
meinen scheint man somit den Interessen der Saarwirtschaft in
diesem neuen Saarabkommen Rechnung getragen zu haben, wenn
auch noch nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden konnten.

Die größte politische Bedeutung des neuen deutsch-französi-
schen Saarzollabkommens liegt in der Anerkennung der
Tatsache, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen
des Versailler Vertrages über das Saar-
gebiet unhaltbar sind. Diese Versailler Bestimmungen
sehen in § 31 des Saarstatuts die restlose Einordnung des Saar-
beckens in das französische Zollsystem vor, d. h. also, das Saar-
gebiet sollte zollpolitisch Deutschland gegenüber als Ausland
dienen. Als man im Jahre 1925 nach einer fünfjährigen Sperr-
frist für diese Bestimmungen die Saarzollgrenze aufrichtete, zeigte
sich sofort die vorausgesagte Wirkung, nämlich daß das gesamte
saarländische Wirtschaftsleben in Unordnung kam, weil eben

nicht nur die Bevölkerung auf deutsche Erzeugnisse eingestellt
war, sondern auch der ganze Wirtschaftsapparat des Saargebiets
auf den deutschen Wirtschaftsprozeß aufgebaut ist. Es ist bekannt,
welche Schwierigkeiten sich für die Saarwirtschaft allgemein und
besonders für die Bevölkerung durch diese zollpolitische Abgren-
zung des Saargebiets ergaben. Solange der alte Kampfgeist
Frankreich gegen Deutschland beherrschte und Herr Kaut als
Präsident der Saarregierung französische Annexionspolitik be-
trieb, kümmerte sich auch im Völkerbund um die sich im Saar-
gebiet immer mehr entwickelnde Not überhaupt niemand. Alle
Koschere verhallten, die Not im Saargebiet wuchs, und nur
die Reichsregierung versuchte, der völligen Zerrüttung des saar-
ländischen Wirtschaftslebens dadurch zu steuern, daß sie durch
Stundung der Zölle der saarländischen Industrie, die die Aus-
fuhr nach dem übrigen Deutschland erleichterte, Erleichterungen
schuf.

Es ist dann nach privaten Vorberatungen der Wirtschafts-
führer des Saargebiets, Lothringens und der deutschen Industrie
versucht worden, in Zusammenhang mit den deutsch-französischen
Wirtschaftsverhandlungen über das Saargebiet ein Abkommen zu
treffen, das die hervorretenden Schwierigkeiten etwas abmildern
sollte. Aber in diesem Abkommen, dem der Reichstag nur unter
bestimmten Vorbehalten zugestimmt hatte, war von einem Aus-
gleich der Gegensätze noch nichts zu spüren, es war ein reines
Geschäftsabkommen, das in erster Linie den beteiligten Unter-
nehmungen zugute kommen sollte. Es ist bekanntlich durch die
unhaltbare Klausel der Zahlung eines Ausgleichsbetrages an die
lothringische Eisen-Industrie nicht zustande gekommen.

In den Verhandlungen, die dann später wieder einsetzten
und zu dem Abschluß des zweiten Saarzollabkommens
führten, ahnte man bereits den Geist von Thoiry, der auf Ver-
ständigung eingestellt ist.

Aber nicht nur der Verständigungswille als solcher ist das
Hauptmerkmal des Saarzollabkommens, das Bedeutendste darin
ist der Grundgedanke, der dieses Abkommen auszeichnet. Ohne

daß es ausgesprochen wird, ergibt sich aus dem Abkommen das Eingeständnis, daß die Saarindustrie ein Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens ist, und daß sie nur in Zusammenhang mit der übrigen deutschen Industrie ihre Leistungsfähigkeit und Lebensfähigkeit behalten kann. Das kommt ganz einwandfrei in Artikel 3 der Vereinbarung zum Ausdruck, der die sogenannte Maschinenklausel enthält, und die von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß die industriellen Unternehmungen des Saargebietes in der Regel eine Einheit oder Gruppe von Maschinen, mechanischen Vorrichtungen oder Apparaten deutschen Ursprungs darstellt, so daß ihre Betriebsfähigkeit und Leistungsfähigkeit eben nur aufrecht erhalten werden kann, wenn bei Ersatzteilen oder neuen Maschinen nur solche deutschen Ursprungs Verwendung finden. Es hat zwar auch in dem Saarabkommen vom 11. Juli 1925 eine solche Maschinenklausel gegeben, doch enthielt diese einen sehr dehnbaren Wortlaut, weil die Feststellung, ob die Verwendung von Maschinen saarländischer oder französischer Fabrikation den guten Gang des Unternehmens beeinträchtigen mußte, alle Hintertüren für Willkür und Eigenmächtigkeit offen ließ. Diese Bestimmung ist jetzt weggefallen und die Entscheidung über die Anwendung der sogenannten Maschinenklausel richtet sich danach, ob in den betreffenden Unternehmen eine Einheit oder Gruppe von Maschinen deutschen Ursprungs vorhanden ist oder nur durch Maschinen usw. deutschen Ursprungs ergänzt oder betriebsfähig gehalten werden kann.

Diese Vereinbarung läßt schon erkennen, daß sie über den augenblicklichen Stand der Dinge hinweggeht, und an künftige Verhältnisse denkt. Wenn man auf den jetzt bestehenden technischen Aufbau der Saarindustrie Rücksicht nimmt, so kann man diese Rücksichten nicht nach einer gewissen Zeit fallen lassen wollen. Man erkennt also mit diesen

Vereinbarungen auch von französischer Seite an, daß die ganze Struktur der Saarkwirtschaft deutsch ist und daß es sinnlos wäre, angesichts der bestehenden Möglichkeit der Rückführung des Saargebietes zu Deutschland diese Struktur durch willkürliche zollpolitische Maßnahmen abändern zu wollen.

Das Abkommen soll zunächst für ein Jahr abgeschlossen werden. Darin kann natürlich der Gedanke begründet sein, daß man erst abwarten will, wie sich die einzelnen Bestimmungen praktisch auswirken werden. Man kann dabei aber sehr wohl auch von dem Gedanken ausgegangen sein, daß das Saargebiet in politischer Beziehung auf Grund der Thoiry-Verhandlungen vor Veränderungen steht, die die jetzigen Abmachungen ohne weiteres als hinfällig erscheinen lassen. Es ist sogar das Wahrscheinlichere, daß mit diesem Abkommen gewissermaßen schon ein Übergangsstadium geschaffen werden sollte, damit die Wiedereingliederung des Saargebietes in das deutsche Wirtschaftsleben nicht abermals mit größten wirtschaftlichen Störungen für das Saargebiet begleitet ist.

Wenn wir im allgemeinen auch nicht zu übertriebenem Optimismus hinneigen, so sind wir dennoch der Auffassung, daß der Thoiry-Gedanke zwar vorübergehend erstarren mag, daß er aber für immer leblos bleiben wird, das glauben wir nicht. Der politische Inhalt des jetzigen Saarkollabkommens ist in gewisser Beziehung ein kleines Anzeichen dafür, daß der Thoiry-Gedanke lebt. Er wird seine Lebensäußerungen mehr oder weniger stark beweisen, bis er durch die Sonne aufrichtigen Verständigungswillens auf beiden Seiten zu seiner vollen Kraft entfaltet wird. Dann allerdings wird das Saarkollabkommen nur ein Übergangsstadium sein können, da es ersetzt und aufgehoben wird durch die Tatsache der reiblosen Wiedereingliederung des Saargebietes in Deutschland.

Saar-Rhein-Kanal oder Saar-Mosel-Kanalisierung?

In Rücksicht auf die Thoiry-Verhandlungen mit dem Ziel einer baldigen Rückgliederung des Saargebietes hat sich die Saarkwirtschaft bekanntlich mit Fragen befaßt, die sich auf bessere und billigere Verkehrsverbindungen zwischen Saargebiet mit den früheren deutschen Absatzgebieten beziehen. Es haben, wie gemeldet, dieserhalb in Berlin Besprechungen stattgefunden, um zu erreichen, daß in eine amtliche Prüfung eines Saar-Pfalz-Rhein-Projektes eingetreten wird. An zuständiger Berliner Stelle hat man die Vorschläge über dieses Kanalprojekt mit Interesse entgegengenommen, und zugesagt, daß die Frage wohlwollend geprüft werden wird. Es scheint nun, als ob man auf Grund dieser Zusage sich im Saargebiet zum Teil des Glaubens hingibt, als ob dieses Kanalprojekt bereits der Durchführung nahe gebracht sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß es sich hier lediglich um einen prinzipiellen Vorschlag handelt, der eine genaue technische Ausarbeitung und Berechnung noch nicht erfahren hat. Bevor hierüber nicht ganz einwandfreies Material vorliegt, können sich die zuständigen Stellen in Berlin erklärlicherweise mit der ganzen Angelegenheit noch nicht näher beschäftigen. Wenn man im Saargebiet Wert darauf legt, daß dieses Projekt ernsthaft in Erwägung gezogen wird, dann wird man es bei dem jetzigen Stand der Dinge nicht belassen dürfen, sondern muß an die praktische Arbeit, d. h. an die Aufstellung genauer Pläne und Berechnungen herangehen.

Wir haben schon in unserer letzten Nummer darauf hingewiesen, daß das Saar-Pfalz-Kanal-Projekt in Trier mit einer gewissen Beunruhigung aufgenommen worden ist, da man hinter ihm ein Konkurrenz-Unternehmen zu dem seit langem bestehenden Plan der Saar-Mosel-Kanalisierung erblickt. Man ist deshalb auch in Trier sofort an die Arbeit gegangen, hat eine Kommission nach Berlin entsandt, die hier die in Frage kommenden behördlichen und parlamentarischen Instanzen mobil machen sollte. Im Reichstag hat am 10. November in der Frage der Saar-Mosel-Kanalisierung eine Besprechung von Vertretern aller Fraktionen mit der Trierer Kommission stattgefunden, wobei sich durchaus Geneigtheit für die Durchführung der Saar-Mosel-Kanalisierung gezeigt hat. Die Tatsache, daß Mittel für die Regulierung einiger Strecken des Saar- und Mosellaufes zum Zwecke der Ausnutzung der Wasserkraft bereits zur Verfügung gestellt sind, und diese Regulierungsarbeiten bereits sich in der Ausarbeitung befinden, läßt erwarten, daß für eine umfangreichere Regulierung von Saar und Mosel zur Vorbereitung ihrer Kanalisierung in den nächst-

jährigen Etat größere Mittel eingestellt werden. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint es fraglich, ob das Saar-Pfalz-Kanalprojekt als allzu aussichtsreich gelten kann. In sachverständigen Kreisen erklärt man zudem, daß sich die Kosten für einen Saar-Pfalz-Kanal wesentlich höher stellen würden, als für die Kanalisierung von Saar und Mosel; jedenfalls erscheint es ziemlich aussichtslos, daß nach dem jetzigen Stand der Dinge die in Frage kommenden parlamentarischen Körperschaften Mittel zur Vorbereitung eines Saar-Pfalz-Kanals zur Verfügung stellen werden.

Daß die Dinge so liegen, hängt vielleicht damit zusammen, daß man von Saarbrücken aus nicht systematisch, nicht zweckmäßig genug vorgegangen ist. Die Besprechungen in Berlin, obwohl sie nur vorführenden Charakter haben sollten, sind ganz unnötigerweise zum Gegenstand von Erörterungen in der Presse gemacht worden, wodurch man sich in Trier zu einer Gegenaktion veranlaßt sah. Die Art und Weise, wie man von Trier aus das Saar-Pfalz-Kanalprojekt zu hintertreiben versucht, muß aber nicht nur bedenklich stimmen, sondern muß befremden, verbittern. Im Saargebiet ist es wie ein Schlag ins Gesicht empfunden worden, daß man auf die Vorführung in der Saar-Pfalz-Kanalfrage von Koblenz und Trier aus eine ganz offizielle Aktion in Berlin in Szene setzte, die sich ganz offenbar gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen des Saargebietes richteten. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß Trier seinerzeit gern die Vorteile für sich in Kauf nahm, die der politische Machtspruch der Alliierten über das Saargebiet mit sich brachte, das aber zum gewaltigen Schaden des Saargebietes sich auswirkte. Die Tatsache, daß bei einem erfolgreichen Verlauf der Thoiry-Verhandlungen das Saargebiet nach der Hoffnung des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Saarlandestates, Dr. Lebacher, etwa im Jahre 1928 zum Deutschen Reich zurückkehren wird, macht jetzt in Trier und anderswo Kräfte mobil, die sich dagegen wehren, daß man dem Saargebiet seine ihm durch Versailles verlorengegangenen Rechte und Ansprüche wieder zuerkennt. Das nennen wir einen netten Dank für deutsche Treue an der Saar.

Ähnlich verhält es sich mit der Aktion gegen den Saar-Pfalz-Kanal, die man durch eine Forcierung der Saar-Mosel-Kanalisierung zum Erfolg zu führen hofft. Die erwähnte Delegation setzte sich aus den Regierungspräsidenten von Koblenz und Trier und aus den Oberbürgermeistern von Trier und Koblenz zusammen. Unter dem Beistand einiger Parlamentarier hat man die

zuständigen Stellen in Berlin aufgesucht und verlangt, daß im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsgesetzes die Saar- und Moseltanalisation so bald wie möglich in Angriff genommen werden möge. Unter dem Beistand parlamentarischer Parteifreunde hat man dann im Reichstag eine Besprechung abgehalten, zu der man Vertreter aller Parteien aufgeboten hatte. Im Hauptausschuß des preussischen Landtages wurde dann über Anträge einiger Parteien verhandelt, die ebenfalls die Beschleunigung der Saar- und Moseltanalisation zum Ziele haben. In parlamentarischen Kreisen hat man jedenfalls den Eindruck, daß unter dem Einfluß der Koblenzer und Trierer Delegation und der ihr aus parlamentarischen Kreisen dargebrachten Hilfe das Projekt der Saar- und Moseltanalisation tatsächlich in greifbare Nähe gerückt ist, und zwar auf Kosten des Saar-Pfalz-Kanalprojektes. Wir können uns hier nur der Auffassung der Saarbrücker „Volkstimme“ anschließen, wenn sie zu dieser Trier-Koblenzer Aktion unter anderem folgendes schreibt:

„Diese etwas verdächtige Eile hat vom Standpunkte der Saar aus ein sehr unfreundliches Gesicht. Die Saar besitzt keine Regierungspräsidenten, die sie nach Berlin senden könnte, da die Minister ihrer Regierungskommission neutrale Beamte des Völkerbundes sind und auf Grund ihrer ganzen Stellung irgend einen offiziellen Schritt in Sachen der Rückgliederung der Saar zweifellos heute nicht zu unternehmen in der Lage sind, ganz abgesehen von anderen dabei mitsprechenden Umständen. Das Saargebiet besitzt auch, wie schon oben gesagt, keine parlamentarische Vertretung, um seine Forderungen unter Hochdruck zu setzen. Es besitzt infolgedessen auch keinerlei parteimäßigen Einfluß auf die Kabinette Preußens und des Reiches und es wird daher im Saargebiet wohl in allen Kreisen als besonders liebenswürdig empfunden werden, in welcher, fast möchte man sagen direkt unfairen Weise hier die Hilflosigkeit der Saar, die über die langen parlamentarischen und regierungsamtlichen Arme nach Berlin nicht verfügt und die nichts einzuflehen hat als das leider nur moralisch abschätzbare Juchel ihrer Deutschtrenn und ihrer Selbstbehauptung durch einen Gewaltstreik gegen ihre nächsten und dringendsten Interessen und auch gegen eine weit sichtbare Politik vom allgemeinen deutschen Standpunkte aus ausgenutzt wurde.“

Wir haben bereits einleitend darauf hingewiesen, daß das Projekt eines Saar-Pfalz-Kanals noch keineswegs genügend ausgearbeitet ist, während für die Saar- und Moseltanalisation genaue Unterlagen vorhanden sind. Vielleicht ist das ein Fehler der das Saar-Pfalz-Kanalprojekt betreibenden Interessententeile, daß sie sich für ihre Reise nach Berlin nicht wenigstens mit dem notwendigsten Material ausgerüstet hatten. Vielleicht hat das Reichsverkehrsministerium nicht den ganz richtigen Standpunkt eingenommen, wenn es lediglich die Erwägungen der saarländischen Herren zur Kenntnis genommen hat, statt unter Berücksichtigung auch der politischen Seite dieser Angelegenheit von sich aus die Ausarbeitung eines solchen Projektes in Aussicht zu nehmen.

Nachdem, was man heute aus Kreisen des Reichsverkehrsministeriums erfährt, denkt man dort ersichtlich an die Durchführung des Saar-Pfalz-Kanalprojektes

nicht. Wenn man sich die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet genau ansieht, dann wird man zugestehen müssen, daß man dort der Wirtschaft weitgehend Rechnung getragen hat. Ganz bestimmt nicht zum Schaden der Reichsfinanzen. Ist es wirklich so unbillig, zu verlangen, daß das Reich und die beteiligten Länder auch einmal der saarländischen Wirtschaft entgegenkommen beweisen? Wer sagt denn, daß nach der Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem übrigen Deutschland die Saarwirtschaft sich nicht ähnlich wie die Ruhrindustrie entwickelt? daß ein Saar-Pfalz-Kanal nicht nur ein Vorteil für die Saarwirtschaft, sondern auch ein finanzielles Plus für das Reich darstellen könnte?

Wenn die Tatsache nicht bestritten werden kann, daß der Hauptabnehmermarkt des Saargebiets nach der hoffentlich baldigen Niederreißung der Saargrenze wieder in Süddeutschland liegen wird, dann kann eine Verbilligung der Transportkosten für die Saarerzeugnisse nur erzielt werden durch einen direkten Saar-Pfalz-Rhein-Kanal, aber nicht durch einen Saar-Mosel-Rhein-Kanal, da durch diesen eine Verbilligung des Verkehrsweges um mehr als das Vierfache herbeigeführt würde. Nachdem der Oberbürgermeister von Trier selbst hatte zugeben müssen, daß das Saar-Pfalz-Kanalprojekt sich nicht gegen die Saar-Mosel-Kanalisation richtet, mußte es um so auffälliger erscheinen, daß er trotzdem die Aktion gegen den Saar-Pfalz-Kanal in Berlin mit der ausgesprochenen Spitze gegen das Saargebiet mitmachte.

Allen beteiligten Kreisen des Saargebiets — und wir möchten besonders die Arbeiterschaft nicht davon ausnehmen, weil diese ein sehr persönliches Interesse daran haben muß — möchten wir angesichts dieser etwas eigenartigen Entwicklung eines Konkurrenzkampfes zwischen Saargebiet und Trier-Mosel-Gebiet aber empfehlen, alle ihre noch bestehenden parlamentarischen Verbindungen auszunutzen, um sich gegenüber den Trierer Plänen durchzusetzen. Den Drahtziehern für das Vorgehen von Trier aber möchten wir bemerken, daß es wahrlich kein schöner deutscher Zug ist, wenn man jetzt hingehet, um dem Saargebiet möglichst die Wege zu verbauen, die ihm zur langsamen wirtschaftlichen Wiederkonstitution nach seinen langjährigen politischen und wirtschaftlichen Leiden von alliierter Seite verboten waren. Wir meinen, wenn wirklich ein vorwärtshauender und ein gerechter Geist in Trier lebte, dann hätte man in allerletzter Linie den Weg gewählt, den man in Wirklichkeit beschritten hat, nämlich die Notlage des Saargebiets auszunutzen, um daraus wirtschaftliche Vorteile für sich zu ziehen.

Eine Saar-Kanal-Dentschrift.

Wie auf der letzten Vollversammlung der Handelskammer Saarbrücken mitgeteilt wurde, wird der aus allen Bevölkerungskreisen zu bildende Saar-Pfalz-Kanalauschuß demnächst zusammentreten, sobald die augenblicklich in Ausarbeitung befindliche Dentschrift über die Notwendigkeit der Verkehrsverbilligung für den Abfuhr des Saargebietes nach Süddeutschland und über den Umfang des zu erwartenden Verkehrsaufkommens fertiggestellt ist. Diese Dentschrift wird alsdann auch der Öffentlichkeit übergeben werden.

Berliner Luftfahrtverhandlungen über das Saargebiet.

Am 5. und 6. November haben auf Anregung der Saarregierung in Berlin Verhandlungen über die Frage der Einbeziehung des Saargebietes in das deutsche Luftstreckennetz stattgefunden. Die Saarregierung hatte sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, nachdem ihre bisherige ablehnende Haltung dieser Frage gegenüber zu einem energischen Protest der Saarwirtschaft und der Saarbrücker Handelskammer geführt hatte. Sie hatte deshalb aus ihrem Verkehrsreferat den Regierungsdirektor Courtillot und aus ihrem juristischen Referat den Ministerialrat Dr. Arch nach Berlin entsandt, um mit den zuständigen Berliner Stellen über die ganze Frage der Einbeziehung des Saargebiets in das deutsche Luftstreckennetz zu verhandeln.

Wie gleich eingangs erwähnt werden mag, haben diese Verhandlungen zu einem greifbaren Ergebnis nicht geführt, weil die Unterhändler der Saarregierung keine Vollmachten hatten, um zu den angeschnittenen Fragen irgendwieweile entscheidend Stellung nehmen zu können. So laufen diese Besprechungen in Berlin letzten Endes auf eine unverbindliche Unterhaltung über die das Saargebiet interessierenden Luftfahrtfragen hinaus ohne daß zu ersehen wäre, welche Stellung die Saarregierung zu der Hauptfrage, nämlich der Aufnahme des Luftverkehrs nach und von dem Saargebiet einnimmt. Soweit wir unterrichtet sind, ist von deutscher Seite alles Entgegenkommen erwiesen worden, um diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu bringen. Leider wichen aber die Unterhändler der Saarregierung jeder Stellungnahme aus mit der

Bemerkung, daß sie nicht ermächtigt seien, irgendwie eine Ansicht zu äußern. Sie erklärten, daß sie nur beauftragt seien, den gesamten Fragenkomplex, der zu klären ist, mit der deutschen Regierung zu besprechen und die Auffassung der deutschen Stellen kennen zu lernen. Auf Grund ihrer Besprechungen in Berlin hätten sie der Saarregierung Bericht zu erstatten, die sich dann schlüssig zu werden habe, ob sie die Verhandlungen fortsetzen will oder nicht.

Nach deutscher Auffassung ist überhaupt nicht zu ersehen, welche Schwierigkeiten vorhanden sein sollen, die umfangreichere Verhandlungen nötig machten. Letzten Endes handelt es sich lediglich um eine rein formale Abrede zwischen Reichsregierung und Saarregierung über die Einbeziehung des Saargebiets in den internationalen Luftverkehr im Sinne des deutsch-französischen Luftfahrtabkommens. Nachdem durch dieses Abkommen das Ueberfliegen des besetzten Gebiets deutschen Flugzeugen gestattet ist, kommen Fragen des Hoheitsrechtes im Saargebiet umsoweniger in Frage, als dieses bekanntlich auch nach dem Versailler Diktat weiter zum deutschen Hoheitsgebiet gehört. Die von der Saarregierung vorgeschobene Frage der Anlage funktentelegraphischer Einrichtungen in Saarbrücken läßt aber nur zu deutlich erkennen, daß hier die Besatzungsbehörden eine Rolle spielen, die ja bisher auch in den besetzten Gebieten trotz des Pariser Luftfahrtabkommens der Anlage von Flughäfen für deutsche Verkehrsflugzeuge Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben. Jedenfalls hat sich die Rheinlandkommission bisher noch immer nicht dazu verstehen können, diejenigen Plätze zu

benzeichnen, für die sie evtl. den Durchgangs- oder auch den Zubringerverkehr freigeben will.

Was die rein technischen Fragen betrifft, die zwischen Reichsregierung und Saarregierung hätten geklärt werden sollen, so wären zwei Möglichkeiten zu prüfen. Soll Saarbrücken lediglich durch eine Zubringerlinie an das deutsche Luftverkehrsnetz angeschlossen, oder soll es in die internationalen Luftverkehrslinien einbezogen werden. Nach den bisher geübten Gepflogenheiten kommen nur die bedeutendsten Industrie- und Handelsplätze als direkte Anschlußstellen im internationalen Luftverkehr in Frage, während die übrigen Gebiete und Städte indirekt durch Eröffnung von Zubringerlinien zu benachbarten Flughäfen, welche von internationalen Fluglinien berührt werden, Anschlüsse herstellen können. Begreiflicherweise ist bei Anschlußbestrebungen neuer Gebiete und Städte die Umlegung großer internationaler Linien aus verkehrstechnischen und verkehrswirtschaftlichen Gründen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Denn internationale Linien haben natürlich nur dann wirklichen Wert und Erfolg, wenn sie so gradlinig wie nur möglich und mit der geringsten Zahl von Zwischenlandungsplätzen durchgeführt werden können. Es sind deshalb heute schon zahlreiche Plätze, die nach ihrer Größe und Bedeutung an sich mit Recht einen direkten Anschluß an den internationalen Verkehr hätten verlangen können, durch Zubringerlinien dem internationalen Luftverkehr zugeführt worden. Wie

aus dem Winter-Luftverkehrsplan des deutschen Luftverkehrs hervorgeht, ist auch für Saarbrücken eine solche Zubringerlinie in der Linie Frankfurt a. M. bereits vorgesehen. In Frankfurt besteht dann Anschluß an die große Nord-Süd-Linie Malmö—Kopenhagen—Hamburg—Hannover—Frankfurt a. M.—Basel.

Wie gesagt, haben die Berliner Verhandlungen mit den Vertretern der Saarregierung über die das Saargebiet interessierenden Luftfahrtverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Es ist begreiflich, daß man in interessierten Wirtschaftskreisen des Saargebiets diesen Verhandlungen mit größten Hoffnungen entgegen sah, da man die Aufnahme des deutsch-saarländischen Luftverkehrs spätestens am 1. Januar erwartete. Die Tatsache, daß die Vertreter der Saarregierung zu abschließenden Verhandlungen nicht bevollmächtigt waren, hat erneut im Saargebiet die Auffassung bestärkt, daß die Saarregierung die Verhandlungen auch weiterhin zu sabotieren versucht. Jedenfalls ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Saarregierung bereits einen Zeitpunkt für neue Verhandlungen bestimmt hat. Man gewinnt auch dadurch wieder allgemein den Eindruck, daß es die Regierungskommission mit ihrer hohen Verpflichtung, die Interessen des Saargebiets zu wahren, für ver einbar hält durch fortgesetzte Verschleppung dieser Fragen diesen ihr anvertrauten Interessen den größten Schaden zuzufügen.

Die wirtschaftliche Lage des Saarhandwerks.

Auf der 14. Vollversammlung der Handwerkskammer Saarbrücken gab der Vorsitzende, Malermeister Schmelter, einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Saargebiet. Er stellte darin fest, daß sich die Verhältnisse nicht gebessert, sondern eher verschlechtert hätten. Fast alle Zweige des Handwerks haben unter diesen ungünstigen Verhältnissen zu leiden, die zum Teil aus den unstablen Währungsverhältnissen im Saargebiet sich entwickelt haben. Starke Konkurrenz hat sich für das saarländische Gewerbe durch das Elsaß-Lothringische Handwerk und Gewerbe ergeben. Von dort aus wird zwar an sich die Ware etwas billiger angeboten, sie ist dafür aber wesentlich schlechter. Bei der ungünstigen Wirtschaftslage, in der sich die Bevölkerung aber befindet, greift diese immer wieder zu der billigeren Ware, ohne zu berücksichtigen, daß sie dadurch in Wirklichkeit teurer einkauft. Im Baugewerbe macht sich der Mangel an Baukapital zu erträglichem Zinsfuß unangenehm geltend. Hier erwartet man von dem Gesetz über die Goldhypotheken eine Besserung des Baugeldmarktes. Auch die Wohnungszwangswirtschaft, an der die Saarregierung mit Rücksicht auf ihre Beamten starr festhält, wirkt sich ungünstig für das Gewerbe aus. Im Schreinergewerbe ist an sich gute Beschäftigung festzustellen, was wohl als Auswirkung der Möbelmesse gelten kann. Diese Erfolge werden die Handwerkskammer veranlassen, auf die Stadt zur Schaffung von geeigneten Ausstellungsräumen zu drängen. Im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe ist die Notlage besonders groß.

Durch das Saarlösungsabkommen treten auch für das Handwerk gewisse Erleichterungen ein, da es möglich ist, Maschinen usw. zu billigerem Zollsat hereinzubringen. Als nächste Aufgabe der Handwerkskammer bezeichnet der Berichterstatter das Studium der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, um rechtzeitig festzustellen, wohin die Entwicklung treibt. Allen Plänen, die zurzeit erörtert werden, müßte die Handwerkskammer ihre lebhafteste Aufmerksamkeit schenken, z. B. den Luftverkehrsfragen, den Kanalfragen usw.

Besonderen Grund zur Klage gibt das saarländische Steuersystem. Während der aufgeblühte Verwaltungsapparat einen großen Teil des Steuerabkommens aufzehrt, leidet der einzelne Beamte Not. Die Bergwerke und manche anderen Unternehmen entziehen sich einer gerechten Besteuerung, während auf der Allgemeinheit ein ungeheurer Steuerdruck lastet.

Aber das wird, so schloß der Redner seine Ausführungen, erst verschwinden, wenn wir zum Vaterland zurückkehren. Die Wiedervereinigung mit dem Reich ist durch die Ereignisse näher gerückt; wir hoffen, daß es nicht mehr lange dauert. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, die wir bereits sehen. Wir müssen klar beobachten, was wird. Zurzeit ist die wirtschaftliche Lage schwierig und auch die Zukunft sieht nicht rosig aus. Selbst in den schwersten Zeiten dürfen wir aber nicht verzagen. Das Handwerk hat stets in vorderster Linie gestanden im Kampf für die Heimat. Wenn die Geschichte des Saargebietes geschrieben wird, dann werden wir lesen, daß der Handwerkerstand in seiner Gesamtheit seinen Mann gestellt hat für die Allgemeinheit und das Volk. Wir hoffen aber auch, daß man sich des Handwerks erinnern wird, was es in schwerer Zeit geleistet und daß man bei den kommenden Schwierigkeiten seiner gedenkt. Das Handwerk des Saargebietes steht geschlossen jetzt und in der Zukunft.

Das Handwerk des Saargebietes steht geschlossen jetzt und in der Zukunft.

Oberregierungsrat Dr. Tils erklärte, nachdem er die Ausführungen des Herrn Schmelter unterstrichen hatte, daß er seine Hauptaufgaben darin gesehen habe, das Handwerk in den verschiedenen Bevölkerungskreisen als Mittelglied darzustellen, also als Ausgleich gelten zu lassen. Aufgabe der Regierung müßte es sein, dem Handwerk alle Neuerungen nutzbar zu machen. Vor allem sei zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Handwerks durch die Innungen der Geist der Rationalisierung zu fördern. In seiner Tätigkeit habe er immer darauf hingearbeitet, das Ständebewußtsein u. a. durch Heranbildung eines guten Nachwuchses zu heben. Auf diesem Gebiete bestehe zwischen der Behörde und der Kammer kein Zwiespalt.

Nach Behandlung rein berufssachlicher Fragen nahm die Vollversammlung einstimmig folgende Entschließung an:

„Die 14. Vollversammlung der Handwerkskammer Saarbrücken nimmt davon Kenntnis, daß die Regierungskommission, Abteilung Kultus und Schulwesen, die Absicht hat, die an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften mit der Beratung eines Berufsschulgesetzes zu beauftragen und beschließt, aus diesem Anlaß der Regierungskommission erneut ihre grundsätzliche Auffassung zu dieser Angelegenheit bekanntzugeben.“

Die Handwerkskammer hat, einem allgemein anerkannten Grundsatz entsprechend, seit der Abtrennung des Saargebietes den Standpunkt vertreten, daß das saarländische Berufsschulwesen in enger Anlehnung an das reichsdeutsche Vorbild zu entwickeln und die Schaffung eines eigenen „Saarländischen Berufsschultyps“ abzulehnen sei. Dieser grundsätzlichen Einstellung entsprechend empfiehlt die Handwerkskammer der Regierungskommission, die Erörterungen über den Berufsschulverordnungsentwurf einzustellen und es bis zur Rückgliederung des Saargebietes bei dem gegenwärtigen Zustand zu belassen. Im Hinblick auf den in absehbarer Zeit bevorstehenden Wiederan schluß des Saargebietes an das Deutsche Reich dürfte jedenfalls die Lebensdauer dieses Gesetzes nur sehr kurz bemessen sein. Nachdem aber das Saargebiet nahezu 6 Jahre lang ohne ein eigenes Berufsschulgesetz ausgekommen ist, dürfte es durchaus vertretbar sein, auch für den Rest der Abtrennung den augenblicklichen Zustand beizubehalten. Sobald die Rückgliederung erfolgt ist, wird sich der weitere Ausbau unseres Berufsschulwesens, sicherlich nicht zu seinem Nachteil, wieder im Rahmen der allgemeinen deutschen Entwicklung vollziehen.

Bis dahin aber bleibt den beteiligten Stellen, auch ohne daß ein Berufsschulgesetz erlassen wird, auf dem Gebiet der Berufsschule noch ausreichend zu tun übrig. Die vorhandenen Berufsschularten, die zwar äußerlich durchorganisiert sind, weisen noch so starke innere Mängel auf, daß zu einer Erweiterung des Aufgabengebietes der beteiligten Stellen keine Veranlassung vorliegt. Neue Schulgattungen sollten deshalb erst in Angriff genommen werden, wenn die vorhandenen in personeller und technischer Hinsicht voll ausgebaut sind. Ausbau des Vorhandenen, statt Aufbau neuer Einrichtungen, das sollte nach Auffassung der Handwerks-

Kammer auf dem Gebiet der Berufsschule die Lösung der nächsten Jahre sein.

Von besonderer Bedeutung waren noch die Verhandlungen über die Vorbereitung der wirtschaftlichen Wiederangliederung des Saargebiets an das Reich, und insbesondere die Ausführungen über das Saar-Pfalz-Kanalprojekt. Hierzu machte der Vorsitzende Schmetzer unter anderem folgende Feststellungen: Wenn nicht alles trügt, wird das Saargebiet in nicht allzu ferner Zeit, jedenfalls vor 1935, wieder an das Reich angegliedert. Heute schon müssen wir uns fragen: Wie wird sich der Wiederanschluß vollziehen? Die Lage ist ziemlich verworren. Es bestehen vielfach Beziehungen mit dem Westen, die Zoll- und die ganze übrige Gesetzgebung, das Steuerwesen usw. muß umgestellt werden. Es heißt also, sich mit allem vertraut machen. Gesorgt muß werden, daß bei der Umgliederung für die Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiter, die Vergleiche usw. Beschäftigung vorhanden ist. Wir sind der Meinung, daß die Kammer alles tun muß, um auf dem Laufenden zu bleiben. Das Handwerk ist überall beteiligt, ihm muß auch Rechnung getragen werden. Ob der Bau des Kanals durch die Pfalz möglich ist, das festzustellen ist Aufgabe der Sachverständigen. Können die Mittel für das Unternehmen aufgebracht werden? Wie bei allen derartigen Unternehmen müssen auch hier Zuschüsse geleistet werden für Unterhaltung usw. Die Frachten dürfen nicht so hoch sein, damit der Verkehr nicht herabgedrückt wird. Das Saargebiet hat Anspruch an das Reich und die Länder, an den großen Verkehr angeschlossen zu werden, es müssen Abzahnmöglichkeiten geschaffen werden, damit die ganze Bevölkerung leben kann.

In der Aussprache wurde es als selbstverständlich bezeichnet, daß die Vollversammlung den Plänen der Kammer zustimme. Für das Saargebiet müsse etwas geschehen, da das Saargebiet nach der Wiederangliederung an das Reich Grenzland werde. Einstimmig beschloß die Versammlung, daß der Kammerpräsident sich jetzt schon mit all den Fragen beschäftigt, die mit der Wiederangliederung des Saargebiets an das Reich zusammenhängen.

★

Die Not im Saargebiet.

Gelegentlich einer Verbefundgebung für die christlichen Gewerkschaften sprach Jugendsekretär Lenhof über die „Saarländische Not und die Mittel zu ihrer Behebung“. Er führte u. a. aus, daß zwar in staatspolitischer Hinsicht für die Lage des arbeitenden Volkes eine gewisse Besserung eingetreten ist, das könne aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß unter der Arbeiterschaft des Saargebiets schwere Not vorhanden ist. Das Einkommen aller Arbeiter steht in keinem Verhältnis mehr zu der Preisgestaltung der Lebens- und Bedarfsartikel. In arbeitsrechtlicher Hinsicht sehen die Verhältnisse nicht besser aus. Wir haben keine Schlichtungsinstanzen, die sich auch im Interesse der Wirtschaft auswirken können. Auf sozial-politischem Gebiete bestehen Zustände, die unhaltbar geworden sind, in der Steuergesetzgebung ein unsozialer Geist und

eine Nichtberücksichtigung der Notverhältnisse, in der sich die Arbeiterschaft und Sozialrentner zurzeit befinden.

Diese Zustände zwingen die Arbeiterschaft zu kräftiger Abwehr. Es genügt nicht, nur nach höherem Lohn zu streben, wir müssen auch die Beseitigung der Preisübersehungungen für Lebensmittel und Bedarfsartikel erreichen. Der Handel im Saargebiet weist zurzeit viel zu viel unproduktive Kräfte auf. In arbeitsrechtlicher Hinsicht dürfen wir ebenfalls erwarten, daß die Regierung das Schlichtungswesen auch im Saargebiet einführt. Die sozial-politische Gesetzgebung ist erfreulicherweise seit Herr Kohnmann dieser Abteilung vorsteht, verbessert worden, muß unter allen Umständen dorthin geführt werden, daß die Leistungen der saarländischen Versicherung den Leistungen der deutschen Sozialversicherung gleich werden. Unsere Forderung auf diesem Gebiete ist Wiederanschluß an die deutsche Sozialversicherung. Der Redner forderte weiter sozialere und gerechtere Steuergesetzgebung, besonders Entgegenkommen gegenüber den Sozialrentnern, sparsamere Verwaltung, Arbeitslosenversicherung usw.

★

Neubildung der Landwirtschaftskammer für das Saargebiet.

In einer Versammlung der Landwirtschaftskammer erklärte der Regierungsdezernent für Landwirtschaft, Ministerialdirektor Schuler, auf die Frage, weshalb die beantragte und in Aussicht gestellte Umgestaltung der Kammer noch nicht durchgeführt sei, unter anderem, daß die Uneinigkeit und die weitauseinandergehenden Ansichten der saarländischen Landwirte über die zukünftige Gestaltung der Landwirtschaftskammer es der Regierung außerordentlich erschwerten, eine Verordnung entsprechend den Wünschen der saarländischen Landwirtschaft zu erlassen. Die Verordnung sei im Entwurf fertiggestellt und unterliege zurzeit einer juristischen Durchsicht und Prüfung. Die Entscheidung über den Erlaß der Verordnung werde in kurzer Zeit gefällt werden.

Aus der zur Erledigung gekommenen Tagesordnung ergibt sich, daß im Kreise Merzig landwirtschaftliche Beispielswirtschaften eingerichtet worden sind. Die Kammer beauftragte den Ausschuß für Volkswirtschaft und Gesetzgebung und für Ackerbau, Richtlinien über die Gewährung von Beihilfe bei Errichtung von Beispielswirtschaften aufzustellen. Hinsichtlich der von der Saarregierung für die saarländische Landwirtschaft gewährten Kredite wurde im Sinne eines aus der Kammer heraus gestellten Antrages von Seiten der Regierungsvertreter erklärt, daß die Regierung beabsichtige, nach erfolgter Einzahlung der gesamten Kreditbeträge in Höhe von 833 000 Franken wieder neu als landwirtschaftliche Kredite zu verwenden. Weiter wurde mitgeteilt, daß in diesem Jahre eine außerordentlich große Verleschung durch den Kartoffelkrebs festgestellt werden mußte. Zur Bekämpfung des Kartoffelkrebses ist eine neue Polizeiverordnung ergangen, die vor allem die Verwendung gesunden Saatgutes den Landwirten zur Pflicht macht.

Vollwertig ?

In unserer Nummer 14 vom 15. Juli beschäftigte sich eine Zuspriest aus dem Saargebiet mit der politischen Bedeutung der Gemeindevahlen im Saargebiet. Diese Zuspriest eines Politikers des Saargebiets bezeichnete die sogenannte „Deutsche Wirtschaftspartei des Mittelstandes im Saargebiet“ als „Nukleus des vor einiger Zeit sanft entschlafenen separatistischen Saarbundes. Ueber diese Kennzeichnung hat sich die „Deutsche Mittelstandszeitung für das Saargebiet“, von deren Existenz wir jetzt erst erfahren, aufs äußerste entrüstet und greift den „Saar-Freund“ unter der Ueberschrift „Irrführung“ heftig an.

Man kann vielleicht über die Auffassung des Verfassers der Zuspriest für den „Saar-Freund“ verschiedener Meinung sein, ob man diese sogenannte „Deutsche Wirtschaftspartei des Mittelstandes im Saargebiet“ restlos als Nukleus der Saarbündler bezeichnen soll. Tatsache ist aber das eine: Für die ersten Landesratswahlen hatte sich neben den politischen Parteien eine sogenannte Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft aufgetan, deren Spitzenkandidaten, die Herren Schmoll-Saarbrücken und Landwirt Wagner-Picard, auch gewählt wurden. Allgemein wurde damals in der saarländischen Öffentlichkeit festgestellt, daß sich hinter die Liste von Hausbesitz und Landwirtschaft die Französlinge gesteckt hatten, um, weil ihnen ziffernmäßig nur ein geringer Anhang zur Verfügung stand, Dumme zu fangen. Es ist damals auch nicht bestritten worden, daß sich für diese Liste der damals noch in Amt und Würden stehende französische Pro-

paganda-Major Richert stark interessierte und daß nach den Angaben der Saarbrücker Volksstimme die Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft „von Herrn Delfou dahin verständigt wurde, man wünsche Herrn Schmoll an der Spitze der Kandidatenliste zu sehen, während die Franzosen davon verständigt worden waren, daß die Haus- und Grundbesitzerliste gleichzeitig die französische Liste sei“.

Wir sind davon überzeugt, daß Herr Schmoll im Innern seines Herzens kein Franzose und wohl auch kein Französling ist. Die Tatsache aber allein schon, daß er damals diese Sonderliste aufstellte, mußte von den Franzosen als eine Spaltung der deutschen Einheitsfront aufgefaßt werden. Und sie ist so aufgefaßt worden. Herr Schmoll ist ja immer schon seine eigenen politischen Wege gegangen, indem er politische Aufgaben angeblich auf wirtschaftlichem Wege zu lösen trachtete. Er hat es zwar anders bezeichnet und z. B. gesagt, die Gemeindevahlungen hätten keine politischen, sondern wirtschaftliche Aufgaben zu lösen, weshalb nicht die politischen Parteien, sondern die wirtschaftlichen Verbände Einfluß auf die Verwaltung gewinnen müßten. Eine solche Auffassung, wenn es wirklich die eigentliche Einstellung des Herrn Schmoll ist, und wenn dahinter sich wirklich keine persönlichen politischen Gesichtspunkte verbergen, könnte man vielleicht gelten lassen, wenn wir keinen Krieg gehabt hätten, den Krieg nicht verloren hätten und der verlorene Krieg uns nicht ganz gewaltige neue politische Aufgaben gebracht hätte.

Bleiben wir nur im Saargebiet. Welches deutsche Interesse lag für Herrn Schmoll vor, für die Landesratswahlen und die Vereinigung für Haus- und Grundbesitz, später die neue Hausbesitzervereinigung und schließlich die Deutsche Wirtschaftspartei des Mittelstandes ins Leben zu rufen? Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit den bestehenden politischen Parteien deshalb nicht arbeiten wollte, weil sie sich seiner Führung nicht anvertrauen wollten. Welches deutsche Interesse verfolgte Herr Schmoll mit der Gründung der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes im Saargebiet? Warum wartete er mit dieser Gründung nicht, bis die Saarfrage liquidiert ist? Was hat die Schmoll'sche Deutsche Partei des Mittelstandes bisher für die deutsche Einheitsfront an der Saar getan?

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, bedeuten die Schmoll'schen Gründungen während des fremden Regimes an der Saar Bestrebungen, die zum mindesten mit den Saarbündnissen parallel liefen. Ob die letzte Gründung des Herrn Schmoll alle Saarbündler aufgenommen hat, ob nur einen Teil, wollen wir hier unerörtert lassen. Tatsache ist, daß die Schmoll'schen Parteigründungen im Saargebiet während der Zeit fremdländischer Besatzung und einer fremden Regierung als Spalt- und Spitzpfeile wirkten, weil die restlose Niederlage der französischen Bestrebungen an der Saar um so schneller herbeigeführt werden konnte, je enger die deutsche Front an der Saar steht.

Oder ist Herr Schmoll der Auffassung, daß man sich im Saargebiet mit politischen Fragen überhaupt nicht beschäftigen sollte? Herr Schmoll hat diese Frage schon im Januar 1919 in der Saarbrücker Stadtversammlung, allerdings hinter verschlossenen Türen, bejaht. Damals nämlich, als von dem Saarbrücker Stadtverordneten Vogel der Antrag eingebracht werden sollte, in ähnlicher Weise wie das Saarlouiser Stadtverordnetenkollegium auch von Seiten des Saarbrücker Stadtrates in einer Erklärung festzustellen, daß die Stadt Saarbrücken und ihre Bevölkerung treu zum Deutschen Reiche und zum Preussischen Staate stehen und daß sie unter allen Umständen an ihrem Deutschtum festhalten würden.

Vielleicht erinnert sich Herr Schmoll noch der wenigen Persönlichkeiten — wenn wir nicht irren, waren es ihrer nur zwei —, die sich gegen eine solche Erklärung aussprachen: „man dürfe die Franzosen nicht unnötig reizen“. Diese beiden Persönlichkeiten aber haben es tatsächlich verschuldet, daß die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung nicht mit einer einmütigen Erklärung an die Öffentlichkeit, an die Besatzung herangetreten ist, in der Saarbrücken seine Treue zum deutschen Vaterlande zum Ausdruck brachte.

Herr Schmoll hat zwar auch in einer späteren öffentlichen Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß er nach dem Grundsatz handle: „Nie davon reden, aber immer daran denken.“ Wir sind der Meinung und viele andere Deutsche auch, daß es in der Zeit der Lüge, des Betrugs und der Wahrheitsverschleierung eine notwendige Pflicht sein kann, daß ein Deutscher sich nicht scheut, zu bekennen, daß er sich als solcher fühlt — auch wenn es einmal unbequem sein sollte. Clemenceau hat in Versailles mit seiner Schwindeladresse von den „150 000 Saarfranzosen“ das Schicksal des Saargebiets verhängnisvoll beeinflusst. Hätte man während der entscheidungsreichen Tage von Versailles im Saargebiet ungeachtet aller Drohungen frei und offen erklärt, daß das Saargebiet nie daran denkt, seinem Vaterland, seinem Deutschtum untreu zu werden, wenn alle Städte wie Saarlouis unerschrocken durch ihre Gemeindevertretungen der Welt zur Kenntnis gebracht hätten, daß sie treu zu Deutschland stehen „und im Unrecht nun erst recht“ — ob das nicht die richtigere Politik gewesen wäre als die des Nichtredens und des Nur-Denkens?

Wir haben nicht die Absicht, uns mit der „Deutschen Mittelstandszeitung“ für das Saargebiet in eine weitere Polemik einzulassen. Die obigen Feststellungen hielten wir jedoch für angebracht, weil wir vermuten, daß manche, die heute der Deutschen Wirtschaftspartei des Mittelstandes angehören, nicht wissen, daß es Zeiten gab, wo die Wirtschaftsfragen völlig hinter den politischen Schicksalsfragen des Saargebiets zurücktraten; daß manche nicht wissen, daß gewisse Gründungen wirtschaftlicher Vereinigungen usw. im Saargebiet immer etwas separatistisch anrühlig waren. Denn selbst der Saarbund hat sich zunächst verschämt „Wirtschaftliche“ Vereinigung genannt und als Ziel „wirtschaftliche Bestrebungen“ angegeben.

Nun aber zu den Ausfällen der „Deutschen Mittelstandszeitung“ gegen den „Saar-Freund“. Dazu nur kurz folgendes: Die „Deutsche Mittelstandszeitung“ nennt die Kampfweise des „Saar-Freund“ gegen die Wirtschaftspartei „minderwertig“. Wir fragen: Ist die Kampfweise vollwertig, wenn sie mit Ausdrücken gespickt ist, wie „in die Knochen gefahren“, „dreist“, „der Schwindel des „Saar-Freund“, „bedenlose Unversorgenheit“, „irreführende Wahlbetrachtungen“ und ähnliche. Diese Ausdrücke klingen stark an die in der Privatklage Schmoll gegen den Redakteur Franke von der „Saarbrücker Zeitung“ vor dem Schöffengericht in Saarbrücken am 15. Novem-

ber zur Verhandlung standen. Diese Klage endete mit einem Vergleich, indem beide Beteiligten gewisse von ihnen in der Erregung des Wahlkampfes gebrauchte Äußerungen zurücknahmen. So erklärt der Privatkläger Schmoll:

„Die beleidigenden Äußerungen, die ich in Wahlversammlungen in der Erregung getan habe und welche lauten: „Grober Schwindel, gewissenlose Unterstellung, Gemeinheit, Franke heßt Deutsche gegen Deutsche, solche Leute sind ein Unheil für das Saargebiet; ferner Franke hat sich ausgeschlossen aus der Gruppe der anständigen Redakteure, Franke sagt das gegen besseres Wissen und ferner: niederträchtige Behauptungen, Tintensprüher, dritte Garnitur, hundsgemeiner Tintensprüher, niederträchtiger Mensch“, nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Wenn die „Deutsche Mittelstandszeitung“ die Kampfweise des „Saar-Freund“ minderwertig nennt, erkennt sie dann die des Herrn Schmoll als vollwertig an? Wir nehmen Ausführungen des Herrn Schmoll nicht allzu tragisch. Er kann sich von seiner alten Leidenschaft, im öffentlichen Leben eine Rolle spielen zu wollen, nicht freimachen. Es ist „nun Bed“ für Herrn Schmoll, um mit der „Deutschen Mittelstandszeitung“ für das Saargebiet zu sprechen, daß er sich trotz aller Mühen nie einen großen Kreis von Anhängern sichern konnte. Die Kenner der Verhältnisse kennen den Grund, dieses Bed des Herrn Schmoll recht gut. Er lehnt Politik ab, weil er wirtschaftlich eingestellt ist, er ist aber wirtschaftlich eingestellt, weil er Politik machen will, die seinem wirtschaftlichen Interessentum entspricht. Politik ist aber kein Wirtschaftsfaktor, den sich jeder nach rein persönlichen Interessen berechnen kann. Politik ist ein Einordnen in das Ganze, d. h. nationalpolitische und wirtschaftspolitische Interessen dürfen nicht gegeneinander stehen, sie müssen füreinander stehen, sich ergänzen. Wenn aber wirtschaftspolitische Interessen zum Schaden der nationalpolitischen in den Vordergrund gestellt werden, dann ist das ganz bestimmt keine vollwertige, sondern minderwertige Politik.

Der Karlsruher Pfalz- und Saarabend am 9. Oktober 1926.

Die Rundgebung im Bürgeraal.

Die sich in diesem Jahre mehr in der Stille auswirkenden und sich auf die Vermittlung kultureller Werte beschränken „Karlsruher Herbsttage“ erhielten ihre tiefere Bedeutung durch den Zutritt der verschiedenen Heimatabende. Nach dem großen Heimatabend der Elsaß-Lothringer, nach der Gedächtnisfeier für den alsmannischen Dichter Peter Hebel und nach dem Frankensland-Abend erschien als vierter Heimatabend die Huldigung für Pfalz und Saar im neuen Bürgeraal des Rathauses. Während des ganzen Jahres sind die Wechselbeziehungen zwischen Karlsruhe und dem linksrheinischen Gebiet besonders lebhaft gewesen. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Pfälzerwaldvereins, der Verein der Rheinpfälzer und der Saarverein Karlsruhe hat im engsten Zusammenwirken mit dem Karlsruher Verkehrsverein die früher geknüpften Freundschaftsbände weitergesponnen.

Das Programm setzte sich aus Personen von ganz in der Kultur des betreffenden Gebietes wurzelnden Komponisten und Dichtern zusammen: Johann Stannik, der ältere und Hauptführer der sogenannten „Mannheimer Schule“, gab dem Abend den musikalischen Auftakt. Als dann ergriff Justizrat Dr. Heinrich Köhlig aus Frankental das Wort zu seiner Festansprache. Der Redner führte u. a. aus:

Wir Pfälzer sind Ihnen zu Dank verpflichtet für die Treue, die Sie uns in fortlaufender Linie in Baden gehalten und bewiesen haben. Wir danken Ihnen, daß Sie auch in diesen „Herbsttagen“ der Pfalz und der Saar eine schlichte Feier widmeten.

Darauf ging der Redner auf die Schönheiten des Pfälzer Landes ein. Wer kennt eigentlich genau die Pfalz? Es sei durchaus nicht allgemein bekannt, daß 41,3 Prozent des Pfälzer Bodens Waldboden sei. Vom Wasgenwald ziehe es sich hin zum Donnersberg. Man müsse auch einmal solche Dinge sagen, wenn man nicht immer von der Not unseres Landes sprechen wolle. Aber trotzdem: Auch heute sei die Not noch groß. Heute sei aber die Not vergessen; heute wollen wir uns auf freiem Boden der Freundschaft erheben, die man uns hier in Baden entgegenbringe.

Die Besiedlung in der Pfalz und der Saar sei stärker als in Baden. Diese Dichtigkeit der Bevölkerung gebe der Pfalz ein besonderes Gepräge. Zahlreich sei die Industrie vertreten. In den Jahren 1849–55 seien 50–60 000 Menschen ausgewandert, weil Acker- und Weinbau damals nicht rentabel gewesen seien. Erst später blühten Städte und Dörfer auf. Diese Entwicklung des Landes habe ihm eine Vorrangstellung geschaffen.

Besonders sei das neue Verwaltungsgesetz, das dieses Gebiet in 30 Kantone teilte, von entscheidendem Einfluß auf die kommunale Entwicklung des Landes gewesen. Unter französischer Herrschaft wurde dann die Pfalz eine bayerische Provinz. Anfangs sei es nicht leicht gewesen, sich an die Eigenarten der neuen Herren zu gewöhnen. Auch heute klinge diese Stammesverschiedenheit zwischen Bayern und Pfälzern noch nach. Er erinnerte an den „Zwodel“ und den „Krischer“, welche Namen man heute gerne den Pfälzern beilege.

In amüsanter Weise erinnerte der Redner dann an die alten Kulturstätten Heidelberg, Mannheim und Frankenthal, in denen eine Glanz- und Kulturperiode der Pfalz lebendig war. Karlsruhe sei heute die wirtschaftliche Hauptstadt des Badener Landes und er freue sich, daß die drei großen Brückenprojekte, die jetzt schweben, eine festere Verbindung zwischen den beiden Rheinufnern schaffen werden. Ferner hoffe er, daß auch bald wieder die Zeit des Kilometerheftes kommen möge, das den Verkehr bedeutend erleichtert hätte.

Was die Pfalz weiter auszeichne, sei das große Nebengelände, das für die Wirtschaft von großer Bedeutung sei. Aber trotz aller Verbundenheiten, die zwischen den einzelnen Landesteilen bestehen, habe die Pfalz keine Hauptstadt und wird voraussichtlich auch keine haben.

Nachdem Justizrat Dr. Köhlig die landschaftlichen Schönheiten seiner Heimat geschildert und die Kulturbeziehungen zwischen Baden und Pfalz veranschaulicht hatte, schloß er mit der herzlichen Bitte, öfters die Pfalz zu besuchen. Solche Tage des Aufatmens seien erhebend für uns und der Dank der Pfälzer an die Karlsruher sei ein tief empfundener. „Sursum corda!“ — „Auf die Herzen!“ — Den Optimismus lassen wir Pfälzer uns nicht rauben. Es muß einmal wieder Frühling werden in deutschen Ländern!

Langanhaltender Beifall dankte dem Redner für seine ferndeutschen Worte.

Der Vorsitzende des Saarvereins Ortsgruppe Karlsruhe, Herr Kaufmann Hans Neurohr, überbrachte die aus dem Saargebiet eingelaufenen Glückwünsche, darunter auch eine vom St. Johanner-Jängerbund.

Herr Weinkommissionär Krummren, Vorsitzender der Ortsgruppe Karlsruhe des Pfälzer-Waldvereins, verlas hierauf die eingegangenen Glückwünsche aus dem Pfälzerland.

In glänzender Weise trug der Bellheimer Dichter und Hof-Schauspieler a. D. August Heinrich ernste Pfalz- und Saardichtungen vor. Mit dem tiefen Blick des Dichters für die Not seines Volkes entstanden hier die Sorgen und Hoffnungen unserer Brüder und Schwestern vom linken Rheinufer. Dem Dichter wurden herzliche Ovationen dargebracht.

Johann Hofbauer (1711—1783), ehemaliger Hofkapellmeister am Hoftheater in Mannheim, entzückte einst mit seiner Oper „Günther von Schwarzburg“ Mozart. Zwei Arien aus diesem Werke sangen Elise Blank und Franz Schuster vom Badischen Landestheater. Beide Künstler, die selbst dem Pfälzerlande sehr nahe stehen, waren in bester stimmlicher Verfassung. Mit tiefer Innigkeit sang Elise Blank die Arie der Pfalzgräfin, während Franz Schuster die prophetische Idee der Arie des Pfalzgrafen „Wenn das Silber deiner Haare“ mit reifer Gestaltungskraft erstehen ließ. Beide Künstler ernteten reichen Beifall.

Pfälzische Heimatdichtungen, meist heiteren Charakters, reizte mit viel Temperament Verlagsdirektor Karl Th. Schuler aus Zweibrücken. Das Volkstümliche der humoristischen Dichtungen fand bei den Anwesenden freudigen Widerhall und verlegte sie in die angeregteste Stimmung. Auch Frau Lina Sommer war mit zwei kleinen Gedichtchen vertreten. Donnerndes Ge-

Heber die Liedfäunonie nach Brentano und Eichendorff von dem 1897 in St. Ingbert geborenen Komponisten Karl Schade- witz behalten wir uns eingehende Besprechung vor. Unter Leitung vom Direktor Philipp und unter solistischer Mitwirkung von Elise Blank erlebte das musikalisch sehr beachtenswerte Werk auch hier eine erfolgreiche Wiedergabe. Sehr fein ist die innige Verbindung von dichterischer Idee und musikalischem Ausdruck gelungen. Die Ausübenden wurden mit reichem Beifall bedacht.

Lustige Pfalzdichtungen führten nochmals die Herren Schuler und Heinrich auf das Podium. Dem Pfälzer Humor gehörte das letzte Wort.

August Heinrich trug zum Schluß ein Widmungsge- dacht an die Pfalz und das Badnerland vor; zwei Pfälzer Damen überreich- ten dabei dem Herrn Staatspräsidenten und Oberbürgermeister ein Körbchen mit Weintrauben. Auch diese Ehrung fand starken Beifall.

Nach der Feier versammelten sich die Gäste im „Goldenen Adler“. Auch Herr Staatspräsident Trunk und Herr Oberbürger- meister Dr. Finter nahmen an dem geselligen Beisammensein teil.

Zu der Karlsruher Pfalz- und Saarkundgebung erschien von der Pfälzer Dichterin Frau Lina Sommer folgendes Gedicht:

Pfalz und Saar

Deutsch immerdar!

(Zur Karlsruher Pfalz- und Saarkundgebung.
Mit Euerem eignen Wahlspruch laßt Euch grüßen,
Ihr wadern Nachbarsleute links vom Rhein,
Die Ihr — als hochwillkommene Gäste — wieder
Zum Heimatabend lehret bei uns ein.

Pfalz und Saar
Deutsch immerdar!

Es sind nur wenige und knappe Worte
Und doch — was liegt darin an Kraft und Mut;
An Fähigkeit, an Stolz und Heimatliebe
Und Treue bis zum letzten Tropfen Blut!

Pfalz und Saar
Deutsch immerdar!

Was Ihr gelobt, Ihr habt es treu gehalten —
In schwerer Drangsal und in Not und Pein; —
Laßt uns den Wahlspruch weiter ausgestalten
Und fröhlich stimmen in die Worte ein:

Baden, Pfalz und Saar
Gutfreund immerdar!

L. S.

Aus der Saarverwaltung.

Von der Lebensmittelversorgung des Saargebiets.

Für die Lebensmittelversorgung des Saargebiets bedeutete die Einführung der Zollgrenze am 10. 1. 25 den fast restlosen Abbruch der Beziehungen zum Mutterlande und die von Frankreich erstrebte vollständige Umstellung nach dem Westen. Die Mehlversorgung des Saargebiets haben die französischen Mühlen, insbesondere die des Elsaß ganz an sich gerissen. 1925 kamen aus dem Elsaß 27 500, aus dem übrigen Frankreich 16 000, aus Deutschland nur mehr 300 Tonnen Mehl zur Versorgung der Bevölkerung ins Saargebiet. Ähnlich gestalteten sich die Dinge bei Brotgetreide. Weizen kam aus dem Elsaß ins Saargebiet 7000, aus Frankreich 2500, aus Belgien und Uebersee 3500, aus Deutschland nur mehr 1700 Tonnen, Roggen aus Deutschland 500, aus dem Elsaß 6600, aus Frankreich 5500, aus Belgien 250 Tonnen, Obst und Gemüse aus Deutschland 1800, aus dem Elsaß 5700, aus Frankreich 5000, aus Holland 1500 Tonnen, Salz aus dem Elsaß 8500 Tonnen, Milch aus dem Elsaß 22 500, aus dem übrigen Frankreich 9000 Tonnen, raffinierter Zucker aus Deutschland 750, aus dem Elsaß 3000, aus Frankreich 5000, aus Belgien-Uebersee 1500 Tonnen, Fleisch aus Deutschland 180, aus dem Elsaß 2000, aus dem übrigen Frankreich 2500, aus Belgien und Uebersee und Holland 1000 Tonnen, dazu an Rindern aus Deutschland 1500, aus Elsaß 7000, aus dem übrigen Frankreich 8000 Stück, an Kälbern aus Deutschland 1000, aus Elsaß 1500 und aus dem übrigen Frankreich 700 Stück, an Schweinen und Ferkeln aus Deutschland 2000, aus dem Elsaß 27 000, aus dem übrigen Frankreich 36 000 Stück, dagegen wurden ins Saargebiet aus Deutschland erfreulicherweise an Fischen 1000 Tonnen geliefert (aus Frankreich 200, Holland und Belgien 1500), an Käse aus Deutschland 1240 Tonnen (Allgäuer und Harzer), aus Frankreich nur unter Zuhilfenahme Hollands 500 Tonnen soa. Delikatess- käse. Bei der so wichtigen Kartoffelversorgung der Saargebietsbevölkerung war Deutschland 1925 immer noch der ausschlaggebende Teil, was auch für 1926 zutreffen dürfte. Es lieferte 39 000 Tonnen gegen 14 000 Tonnen, die aus Frankreich kamen.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Auf Veranlassung des Elternausschusses faßte eine Elternversammlung des Städtischen Lyzeums 2, ehemals Kahl-Lyzeum, den Beschluß, die Mädchen in der Schule wieder Schürzen tragen zu lassen. Der Elternausschuß ging hierbei von der Auffassung aus, daß eine Vereinfachung der Schulkleidung und Sparsamkeit in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse durchaus angebracht sei, und daß der Mode in Blusen und Ueberjaden Einhalt geboten werden müsse. Die Schulkinder fühlten sich heute schon als Damen, und viele Mütter wären schwach genug, den Wünschen der Töchter in Rücksicht auf den lieben Nächsten so weit nachzugeben, ohne an den Geldbeutel des Vaters zu denken. — Dieser Beschluß und vor allem seine Begründung ist so vernünftig, daß man nur wünschen könnte, daß er Nachahmung im ganzen übrigen Deutschland fände. Der Aufzug, der heute durch die Mode mit der Schulkleidung getrieben wird, geht zum Teil so weit, daß es geradezu eine Pflicht der Behörden wäre, diesem Luxus, der nur auf Kosten einer vernünftigen Ernährungsweise und damit auf

Kosten der Volksgesundheit betrieben werden kann, zu steuern. — Im Saargebiet gibt es insgesamt 53 katholische Kleinkinderanstalten, in denen über 3000 Kleinkinder verwahrt werden. — Infolge der wolkenbruchartigen Regengüsse, die in der Nacht vom 20. zum 21. November im Saargebiet niedergingen, führte die Saar vorübergehend Hochwasser.

Güdingen. Am Totensonntag nahm eine Gemeindeversammlung zu dem Beschluß des Provinzialkirchenrates der Rheinprovinz über die Abtrennung und Umpfarrung von Neu-Güdingen nach Trebach eingehend Stellung. Das Ergebnis der Aussprache wurde in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt: „Die Gemeindeversammlung protestiert gegen den unverständlichen und ungerechten Beschluß und wird den damit geschaffenen Zustand niemals als endgültig anerkennen. Insonderheit weist sie nachdrücklich darauf hin, daß die kirchliche Behörde im Jahre 1922 dem Pfarrer von Güdingen das zwei Stunden saaraufwärts liegende Diasporagebiet mit der Gemeinde Hanweiler als Arbeitsfeld neu zuwies und ihn dadurch mehr belastete. Güdingen hatte dadurch den Ausfall der Gottesdienste an sechs Sonntagen im Jahre. Jetzt nimmt die Kirchenbehörde mit der Begründung, daß der Pfarrer der Entlastung dringend bedürfe, ein Stück der Gemeinde und mütet ihr auf unabsehbare Zeit einen empfindlichen Steuerausfall zu. Die Gemeindeversammlung hat für ein derartiges Verhalten der kirchlichen Behörden kein Verständnis und vermag es als gerecht nicht anzuerkennen. Sie fordert, solange der jetzige Zustand besteht, volle Schadloshaltung für die erlittene Unbill und Wiederherstellung des alten Zustandes.“ — Der Beschluß ist an das Evangelische Konsistorium der Rheinprovinz in Koblenz abgegangen.

Rudweiler. Vor einer Wirtshaft fanden junge Leute von Bessen den 32 Jahre alten ledigen Wilhelm Guillaume in betrunkenem Zustand liegen. Ein Arbeiter J. ließ sich dazu verleiten, den hilflosen G. zu mißhandeln. Der Schwerverletzte wurde ins Böllinger Krankenhaus gebracht, wo er verstarb, ohne nähere Mitteilungen über die Vorgänge machen zu können. Es liegt angeblich ein Racheakt vor. Der Täter, jung verheiratet, ist festgenommen und in das Gefängnis abgeführt worden.

Quierschied. Durch den Ankauf der alten Glashütte wurde ein größeres Gelände zu Bauzwecken geschaffen, auf welchem die Gemeinde zur Steuierung der Wohnungsnot umfangreiche Neubauten errichten will. Die Hütte ist bereits niedergelegt, so daß mit den eigentlichen Bauarbeiten hoffentlich recht bald begonnen werden kann. — Zu einer schönen Anlage ist die am Ausgang des Ortes gelegene „Wolfschlucht“ ausgebaut. Durch gemeinsame Arbeit der Forstverwaltung mit den Saar-Waldvereinen ist es gelungen, den Platz so herzustellen, daß dort Waldgottesdienst, Freilichtspiele und andere Festlichkeiten abgehalten werden können.

Bildstock. In dem an der Gröhlingsstraße neu errichteten Ortsteil „Eigenheim“ machen sich Erdsenkungen durch den Grubenbau bemerkbar. In einem Gebäude ist die Mauer handbreit auseinandergerissen.

Friedrichsthal. Wie aus Bergarbeiterkreisen mitgeteilt wird, sollen die auf der hiesigen Grube bestehenden Mißstände, wodurch die Belegschaft des öfteren gezwungen war, zu feiern, endlich beseitigt werden. Die Instandsetzungsarbeiten erstrecken sich auf den Förderschacht und auf unterirdische Strecken, da sich die Kohलगewinnung bisher sehr unrentabel gestaltete. Da die Instandsetzung sich längere Zeit hinzieht, sollen die Bergleute von Schacht „Helene“, man spricht von annähernd 400 Mann, auf den Nachbargruben untergebracht werden.

Neunkirchen (Saar). In Bubach wurden zwei Schmuggler angehalten, die Violinsaiten im Werte von 30 000 Franken über die saarländische Grenze zu schaffen versuchten. Die Ware wurde beschlagnahmt, die Schmuggler konnten sich jedoch nach einem Handgemenge mit den Zollbeamten, wobei ein französischer Zollbeamter verletzt wurde, unerkannt in Sicherheit bringen.

Saarlouis. In einer vom Verein zur Wahrung städtischer und geschäftlicher Interessen einberufenen Versammlung zur Bestimmung des Platzes für das zu errichtende Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges wurde mit großer Mehrheit der Große Markt als Standort des Denkmals bestimmt. Gegen diesen Vorschlag hatte sich schon vorher die städtische Baukommission aus verkehrspolizeilichen und anderen Gründen ausgesprochen.

Waxem (Kreis Merzig). Zur großen Armee abgerufen wurde am Dienstag hier der alte Kriegsveteran, frühere Landwirt Michel Bauer, der die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitmachte. Der Verstorbene erreichte ein Alter von beinahe 83 Jahren.

St. Ingbert. Durch Kauf wechselten ihren Besitzer das Anwesen des Möbelhändlers Heinrich Behr, Ede Kaiser- und

Gymnasiumstraße (neuer Besitzer Kaufmann Hans Schiepl, St. Ingbert); ferner das Anwesen des Kaufmanns Karl Woll, Theodorstraße (neuer Besitzer Bergmann Sigwardt, Schnappach). — Mit dem Bau einer zweiten Kleinkinderschule soll demnächst begonnen werden.

Schnappach. Schon seit einigen Jahren wirken sich die Methoden, mit denen die französische Saargrubenverwaltung den unterirdischen Abbau der Saargruben betreibt, im Orte Schnappach sehr unangenehm aus. Viele Häuser belamen Risse, einige davon mußten geräumt werden. Der Boden ist durch den Kohlenabbau derart unterminiert worden, daß nunmehr auch die im Jahre 1902 erbaute evangelische Kirche von der Einsturzfahre bedroht ist und geschlossen werden mußte. Die ganze Inneneinrichtung, Altar, Kanzel sowie die gemalten Fenster sind entfernt worden. Hoffentlich führt dieser neueste Verfall endlich dazu, daß die Saargrubenverwaltung in Zukunft der Grubensicherung etwas mehr Augenmerk zuwendet als bisher.

Hilbringen. In unserem Orte geriet das Dekonomiegebäude des Landwirtes Patten in Brand. Der Besitzer befand sich gerade in Merzig, wo man ihn von dem Unglück benachrichtigte. Die hiesige Feuerwehr, wie auch die Kreismotorspritze waren rasch zur Stelle, aber das verheerende Element hatte so schnell um sich gegriffen, daß das Haus mit den Futtermitteln größtenteils ein Raub der Flammen wurde. Die Entstehungsurache des Brandes ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

Personalnachrichten.

Eisenbahningenieur Wilh. Lombard, Saarbrücken f.

Mitte Oktober d. J. ist in seiner Vaterstadt Saarbrücken Wilh. Lombard im Alter von 70 Jahren nach kurzem Krankenlager gestorben. Ein treusorgender Gatte und Familienvater, ein ferndeutscher Mann, der seines heißgeliebten Vaterlandes Unglück nicht überleben konnte, ist mit ihm dahingegangen. Fast sein ganzes Leben lang hat er im Dienste der Saarbrücker Eisenbahnverwaltung zugebracht, durch eigene Kraft, unermüden Fleiß und große Fachkenntnisse hat er sich ehrlich emporgearbeitet, so daß er sich stets besonderer Wertschätzung seiner Arbeitskollegen und seiner vorgesetzten Behörde zu erfreuen hatte. Im öffentlichen Leben hat er sich sehr betätigt und an allen politischen Tagesfragen regen Anteil genommen. „Mit Herz und Hand fürs Vaterland“, das ist stets sein oberster Grundsatz gewesen. Im Saarbrücker Kriegerverein, dessen Vorstand er angehörte, hat er sich vor und nach der Wiedegründung nach dem Weltkriege hervorragend betätigt, so daß sein Tod von allen Kriegervereinskameraden aufs tiefste beklagt wird. Wie selten jemand, verstand er es, aufrichtige und ehrliche Kameradschaft zu halten, seinem Vaterlande ist er, wie seine lektwilligen Bestimmungen ebenfalls dazun, ein treuergegebener Sohn geblieben, dessen Herz an jenem dunklen Novembertag gebrochen war, als er nach unserem Zusammenbruch die Franzosen in Saarbrücken einziehen sehen mußte. Wie allen Saarbrücker, besonders aber unseren alten Veteranen, blutete ihm das Herz in Erinnerung an Deutschlands große Zeit. Sein sehnsüftigster Wunsch, die Befreiung unserer lieben Saarheimat noch miterleben zu dürfen, ist leider nicht mehr in Erfüllung gegangen. Bis in die Sterbestunde beschäftigte ihn die Sorge um sein liebes Vaterland und seine engere Saarheimat. Wenn einmal die Namen derjenigen Saardeutschen aufgezählt werden, die ihrem deutschen Vaterland, „sei's trüber Tag, sei's heiterer Sonnenschein“, die Treue gewahrt und jederzeit offen und frei sich zum Deutschtum bekannt und dafür als aufrechte Männer eingetreten sind, dann wird der Name Wilh. Lombard mit an erster Stelle genannt werden. Alle, die ihn gekannt, geliebt und verehrt haben — und ihre Zahl ist sehr groß — werden seiner und seiner deutschen Treue stets in Ehren gedenken. Er ruhe sanft!

— 75. Geburtstag und 60jähriges Berufsjubiläum des Buchdruckermeisters Louis Pecher sen. gaben dem Deutschen Buchdruckerverein, Bezirk Saargebiet, Veranlassung, in einer besonderen Feier den Jubilar zu ehren. Zu diesem Ehrenabend war vom Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins, Kreis II, Rheinland und Westfalen, der Vorsitzende Heinrich Otto, Godesberg und der Geschäftsführer Kommel, Köln, erschienen. Die Leitung des Abends lag in den Händen des Buchdruckermeisters Courths. Die Festrede hielt der zweite Vorsitzende des Bezirksvereins, Hausen, Saarlouis. Er schilderte den Werdegang des Jubilars und seine großen Verdienste um das Gewerbe. Wohl manchen harten Kampf habe Herr Pecher bestehen müssen, aber durch sein mannhaftes und zielstrebendes Auftreten sei der Erfolg auch nicht ausgeblieben. Die Mitglieder des Buchdruckervereins seien sich der vielen Mühen und Arbeiten des Jubilars im Interesse des Gewerbes wohl bewußt und wollten ihre Dankbarkeit für all das Geschaffene dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie ihm

zum Andenken an diesen Tag ein Ehrengeschenk in Gestalt eines schönen Sessels überreichten. Der Vorsitzende des Kreisvereins, Otto, überbrachte die Glückwünsche des Vorstandes und der Kollegen aus Rheinland und Westfalen und feierte den Jubilar als einen der treuesten Mitglieder. Pechers Tätigkeit sei immer vorbildlich gewesen. In Anbetracht seiner Verdienste habe der Kreisverein einstimmig beschlossen, Herrn L. Pecher sen. zum Ehrenmitglied zu ernennen. Ueber die Ehrenmitgliedschaft wurde Herrn Pecher eine prachtvoll ausgestattete Urkunde überreicht. Herr Pecher dankte in herzlicher Weise für die ihm gewordenen Ehrungen. Er habe nur seine Pflicht getan; in diesem Sinne werde er auch weiter im Interesse der Organisation wirken. Auch uns ist es ein Herzensbedürfnis, Herrn Pecher nachträglich zu seinem Doppeljubiläum unsere herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Auch er gehört zu den Männern, die in der Zeit schwerster politischer Not des Saargebiets nie vergaßen, daß sie Deutsche sind, es vor allem nicht vergaßen, dies auch, wo es angebracht war, zum Ausdruck zu bringen. Möge ihm noch ein ruhiger Lebensabend beschieden sein, der ihn nicht nur die baldige Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Mutterlande schauen läßt, sondern der ihm auch noch die Gewißheit gibt, daß unser deutsches Vaterland wieder aufwärts schreitet.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Nikolaus Brechler und Katharina geb. Schmitt in St. Ingbert, die Eheleute Johann Geier und Magdalene geb. Lauer in Ueberhofen, die Eheleute Adam Dahn und Sophie geb. Wagner in Hixberg, die Eheleute Kaufmann Fritz Walzinger und Frau Sophie-Charlotte geb. Wagner in Ottweiler, die Eheleute Anton Schwarz und Margareta geb. Schmitt in Bliestastel, die Eheleute Peter Bohnert und Philippine geb. Stolz in St. Ingbert, die Eheleute Ludwig Quack und Katharina geb. Linzweiler in Bliestastel, die Eheleute Geier in Pflugscheidt, die Eheleute Wilhelm Dörrenbacher-Limbach in Hüttig-Rathweiler, die Eheleute Andreas Schmidt und Barbara geb. Werth in Schiffweiler, die Eheleute Peter Esch und Maria geb. Mommer in Sulzbach.

Ihre silberne Hochzeit feierten die Eheleute Friedrich Kingle und Katharina geb. Süßmeier in Bliestastel, die Eheleute Peter Theobald und Katharina geb. Schneider in Buchenhausen, die Eheleute Emil Kehler und Maria Magdalena geb. Bug in Bliestastel.

*

Todesfälle: Saarbrücken: Frau Ilse Schmitt, geb. Ehlers, 25 Jahre; Kaufmann Hermann Kersting, 48 Jahre; Jakob Krumm, 67 Jahre; Frau Eleonore Bücher, geb. Heischling, 40 Jahre; Heinrich Decker, 84 Jahre; Frau Regierungsrat Hedwig Mai, geb. Quident, 50 Jahre; Gastwirt Julius Weide, 52 Jahre; Frau Maria Jourman, geb. Becker, 46 Jahre; Louis Victorius, 75 Jahre; Kathchen Hackspiel, 43 Jahre; Peter Settinger, Vorstandsmitglied des kath. Arbeiter-Vereins St. Joseph, 43 Jahre 6 Monate; Frau Dorothea Schupp, geb. Schmeer, 50 Jahre; Amalie Menz, 17 Jahre; Frau Sofie Clemens, geb. Cürette, 24 Jahre; Amanda Thomas, geb. Hoffmann, 28½ Jahre; Wilhelm Marschall, pens. Hüttenmeister, 73 Jahre; Kaufmann Gottfried Heß, 39 Jahre; Jacob Hubig, 79 Jahre; Frau Elise Geiß, geb. Jakobi, 62 Jahre; Johanna Wagner, 28 Jahre; Karl Kilian, 42 Jahre; Valentin Pukowski, 49 Jahre; Johann Peter Herrmann, 71 Jahre; Karl Deßling, 23 Jahre; Alara Hörning; Otto Peter, 63½ Jahre. **Brebach:** Fritz Hettich, 49 Jahre. **Louisenthal:** Frau Witwe Anna Bohr, geb. Ludwig, 66 Jahre. **Gersweiler:** Georg Büch, 88 Jahre. **Neudorf:** Frau Eugenie Müller, geb. Büll. **Püttlingen:** Josef Brumm, 28 Jahre. **Böttlingen:** Nikolaus Hartmann, 29 Jahre. **Kiegelsberg:** Frau Wwe. Rechnungsrat Johann Otto, Louise, geb. Dohm, 79 Jahre; Benedikt Bauer, 52 Jahre. **Sulzbach:** Gastwirt Julius Minnig, 44 Jahre; Frau Witwe Elisabeth Burkhard, 79 Jahre; Frau Wwe. Maschinensteiger Groß, Margarethe, geb. Siegel, 70 Jahre. **Quierschied:** Katharina Villing, geb. Sains, 79 Jahre. **Heiligenwald:** Frau Wwe. Jakob Wagner, Sophie, geb. Uhl, 77½ Jahre. **Bildstock:** Michel Fetz, 71 Jahre. **Sinnerthal:** Frau Ludwig Schneider, Luise, geb. Reinhard, 39 Jahre. **Friedrichsthal:** Mit. Neuland, 60 Jahre; Ferdinand Moll, 58 Jahre; Frau Heinrich Rau, geb. Wilhelmine John, 52 Jahre; Frau Anna Schud, geb. Diehl, 64 Jahre. **Neunkirchen:** Frau Lina Wagner, geb. Händchen, 57 Jahre; Herta Werle, 23 Jahre; Margarethe Fikler, geb. Becker, 74½ Jahre; Karl Hauch, 74 Jahre. **Wiebelskirchen:** Frau Wwe. Lina Bengert-Kesting, geb. Klein, 52 Jahre; Friedrich Schmidt, 69 Jahre. **Ottweiler:** Heinrich Fürst, sen., 70 Jahre. **Rehlingen:** Karl Günther, 66 Jahre. **Oberhalbach:** Johann Karl Schneider, 29 Jahre. **St. Ingbert:** Eisenbahn-Amtmann August Lauer, 45 Jahre; Frau Mathilde Uhl, geb. Reiter, 63 Jahre. **Ottweiler (El.):** Bergwerkssekretär a. D. August Heß, 62 Jahre.

Saarländ.

Heimat, dir sing ich ein neues Lied:

Von dem Herbststurm, der wild durch die Wälder zieht,
Daß die Blätter wirbeln und Aeste splintern
Und die Bäume bis tief in die Wurzel erzittern,
Und von stürzenden Stämmen, die krachend fallen; —
Und dann von dem Wald, der steht, der steht,
Ob der West noch so stürmisch darüber weht, —
Von den Wurzeln, die fest in die Erde sich krallen.

Heimat, vernimm auch mein trauernd Lied:

Von dem Bergmann, der tief in der Erde sich müht,
Der mit mürbem Körper und letzter Kraft
Um den fargen Lohn für den Fremdling schafft.
Hör von darbenenden Bergmannskindern und -frauen
Und dem Winter, der bald vor der Türe steht,
Und der grauen Sorge, die mit ihm geht, —
Und von Juden und Christen, die alles verdauen.

Heimat, dir sing ich ein altes Lied:

Von der Treue, die tief in den Herzen dir glüht,
Daß trotz Not und Qual und Ungewittern,
Sie uns niemand kann rauben und nichts verbittern!
Sing von Frauen- und Männeraugen so offen,
Und der Vaterlandsliebe, die alle bewegt,
Die so mächtig das Blut durch die Adern uns schlägt,
Und von gläubigem Hoffen! W. Henschel.

Vom Saargrubenbau.

Opfer französischen Grubenbaues. Auf Grube Brefeld erlitt der Bergmann Johann Droschur in Illingen durch hereinbrechende Felsmassen einen Beinbruch, so daß er dem Knappschäftslazarett zugeführt werden mußte. — Auf Grube Brebach wurde der verheiratete Bergmann Joseph Breit aus Mittelbezach durch niedergehendes Gestein verschüttet und schwer verletzt.

Gegen das System der Gewährung von Gratifikationen. Die Art, wie die französische Grubenverwaltung bei der Auszahlung und Gewährung von monatlichen Gratifikationen verfährt, hat in den Kreisen des Büro-Personals schon seit langem große Unzufriedenheit hervorgerufen. Da alle Vorstellungen bisher ohne Erfolg geblieben sind, haben die kaufmännischen Angestellten der Grubenverwaltung an den Generaldirektor eine Eingabe gerichtet, in der unter anderem stand: Bereits in mehreren Eingaben haben die Angestellten-Organisationen um Neuregelung bzw. um monatliche Auszahlung der Gratifikationen an die nichttechnischen Angestellten gebeten. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß durch den jetzigen Auszahlungsmodus die in Frage kommenden Angestellten in ihrer wirtschaftlichen Lage schlechter gestellt sind, und daß weiter die unterschiedliche Behandlung der Prämien und Gratifikationen beziehenden Angestellten zu einer nicht unberechtigten Unzufriedenheit der nichttechnischen Angestellten geführt hat. Diese Unzufriedenheit ist durch die Erklärung des Herrn Personaldirektors (in der Sitzung am 10. September 1926), daß die Verwaltung ihren Standpunkt in der Gratifikationsfrage nicht geändert hat, noch größer geworden. Die Organisationen der kaufmännischen Beamten und Angestellten der Saargruben haben deshalb dem Herrn Generaldirektor ihre Wünsche wiederholt und bitten erneut um eingehende Prüfung und Berücksichtigung derselben.

Vom „Bund der Saarvereine“.

□ **Ortsgruppe Köln des Bundes der Saarvereine.** Am Mittwoch, den 3. November fand im Vereinslokal Hahnenstr. 36 die monatliche Versammlung statt. Wegen Erkrankung des 1. Vorsitzenden übernahm der 2. Vorsitzende Herr Wegand die Leitung des Abends. Leider war der Besuch der Versammlung so schwach, daß die Tagesordnung zwar besprochen aber entgeltliche Beschlüsse bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden mußten. Nach Schluß des offiziellen Teiles blieben die Mitglieder noch längere Zeit gemütlich beisammen. Für die nächste Versammlung ist die Gründung einer Sterbekasse vorgesehen. Die Mitglieder werden hiermit frdl. erinnert, die rückständigen Beiträge umgehend einzuzahlen. Postcheckkonto Köln 63166.

§ Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine. Herr Ost eröffnet um 5½ Uhr die zahlreich besuchte Versammlung an Stelle des auf Dienstreise abwesenden 1. Vorsitzenden, Herrn Dr. Weise. Der Schriftführer Walter verliest die Niederschrift über die Oktoberversammlung, die genehmigt wird. Herr Ost gibt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände über einen Vortrag des früheren Gouverneurs Dr. Seih, ebenso ein Schreiben der Geschäftsstelle Berlin betr. Saartalender sowie betr. Redelsberger bekannt. Ueber letzteres wird beschlossen, dasselbe an die Geschäftsstelle für Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände für das Auslandsdeutschtum weiterzuleiten. — Sodann gibt Herr Ost das Schreiben der Geschäftsstelle betr. Beihilfe des Reiches an die Knappschaftspensionäre des Saargebiets bekannt. Herr Vertessel erhält das Wort zur Erläuterung des heutigen Programmes. — Herr Ost schließt um 6¼ Uhr nachmittags den offiziellen Teil und überträgt die Leitung des humoristischen Teiles Herrn Kajsalski, der zur Einleitung ein gemeinschaftliches Saarlied singen läßt. Die nachfolgenden humoristischen Vorträge der Herren Flasche und Runke, von Herrn Vagemann auf dem Klavier begleitet, lösen große Heiterkeit und starken Beifall aus. Besonders erwähnt sei, daß die Herren Vagemann und Flasche ihre Kunst uneigennützigweise unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. — Der Vortrag von Frau Dr. Weise über „Bedder Luis“ aus dem Saartalender 1927 bringt in die Anwesenden fröhlichste Stimmung. Herr Ost erzählt einige ihm bekannte Anekdoten über „Bettler Louis“. Dem hierauf um 9¼ Uhr einsetzenden Tanzchen huldigt Jung und Alt bis in die späten Nachstunden. Die Anwesenden trennen sich mit dem Bewußtsein, einen vergnügten Nachmittag verlebt zu haben.

§ Von der Württembergischen Saarvereinigung, Sitz Stuttgart, Landesgruppe Württemberg des Bundes der Saarvereine wird uns folgendes mitgeteilt: Im Sommer dieses Jahres hatte die Klasse O II der Höheren Mädchen-Handelschule Stuttgart eine fünftägige Fahrt in das Saargebiet unternommen. In einem Zeitungsartikel haben die Schülerinnen seinerzeit ihre Reiseindrücke veröffentlicht, aus dem hervorging, daß sie von ihrer Fahrt hochbefriedigt nach Stuttgart zurückgekehrt waren, voll des Lobes über die landschaftliche Schönheit unserer Saarheimat und über die freundliche Aufnahme, die überall gefunden haben. — Am Mittwoch, 17. November 1926, haben die Städtische Mädchen-Handelschule und die Höhere Mädchen-Handelschule Stuttgart im Gustav-Siegle-Haus Stuttgart einen „Saar-Abend“ veranstaltet, zu dem auch unsere Vereinigung eingeladen war, deren Mitglieder in größerer Anzahl dieser Folge teilnahmen. Der Saal war vollständig besetzt. Der württembergische Staat, die Stadtbehörde, die Stuttgarter Schulen und die kaufmännischen Vereine hatten Vertreter entsandt. Das Programm bot viel Abwechslung in Gesang, Musik und Vorträgen in Saarbrücker Mundart usw. Von zwei Schülerinnen wurde in zwei Teilen eine Reiseschilderung über die Fahrt in das Saargebiet mit Lichtbildern gegeben, wobei zwischen beiden Teilen von dem Chore das „Bergmannslied“ gesungen wurde. Der Direktor der beiden Schulen hatte den Abend eingeleitet mit einer vaterländischen Ansprache über das Saargebiet, in der er zum Schluß aufforderte, die Treue der Saardeutschen mit unserer Treue zu belohnen. Den Hauptvortrag des „Saar-Abends“ hielt Herr Handelschulassessor Dr. Grünholz, ein geborener Pfälzer, der längere Zeit in Neunkirchen als Handelslehrer wirkte. Sein Vortrag zeigte eine gute Kenntnis vom Saarland und von den Sitten und Gebräuchen seiner Bewohner. Er fand für seine Ausführungen großen Beifall. Auch Herr Julius Schellenberger nahm das Wort und gab eine Schilderung über den schweren Kampf, der sich an der Saar um das Deutschtum abspielt. Er sprach von der Jahrtausendfeier als einer wichtigen Kundgebung für die Liebe und Treue der Saarbewohner zum deutschen Volke und zum deutschen Vaterlande und von der im Jahre 1935 (? D. Schriftstg.) zu erfolgenden Abstimmung, die sicherlich zugunsten Deutschlands ausfallen wird.

§ Saarverein, Ortsgruppe Stettin e. V. des Bundes der Saarvereine. Die Mitglieder der Ortsgruppe vereinigte am Samstag, den 6. November 1926, abends 8 Uhr, ein bei dem Vereinsmitgliede Schröder abgehaltenes Schlachtfest, das von Musikvorträgen, Tanz usw. eingerahmt war. Eine Saargemeinde von 21 Mitgliedern und Gästen im Gartenrestaurant „Lindenhof“ zu Stettin. Vereinsmitglied Erik Colling ließ sich dabei die Bedienung seiner Landsleute auf das eifrigste anlegen sein. Erst in später Nachstunde trennten sich die Teilnehmer. Am Freitag, den 12. November, abends 8½ Uhr, hielt die Ortsgruppe im Beisein von 16 Mitgliedern die 18. Monatsversammlung in der „Schillerloge“ zu Stettin ab. Daß der größere Teil der Besucher dieses Mal aus Damen bestand, hatte darin seinen Grund, daß das Ehepaar Dillsoo anlässlich seiner kürzlich gefeierten Silberhochzeit nachträglich zu einer Festkarte eingeladen hatte. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Stegner, machte Mitteilung von der bevorstehenden Bezeichnung je einer Straße in Finkenwalde und Lauenburg als „Saar-

straße“. Von den Propagandaschriften „Saartalender 1927“ sind bisher 13 Stück und von der „Geschichte des Saarstaats von Versailles“ 33 Exemplare vertrieben worden. Studienrat Dr. Schön in Pörrich, ein geborener Saarländer, hat der Ortsgruppe ein von ihm verfaßtes und in Musik gesetztes Lied „s' Saarbrücker Herz“ überlassen, das demnächst gelegentlich einer Vereinsversammlung zu Gehör gebracht werden soll. In Kürze wird Herr Korvettenkapitän zur See a. D. Feldmann, ein Teilnehmer der Skagerrak-Schlacht, über letztere vor den Mitgliedern einen Vortrag halten. Die Werbung weiterer Mitglieder ist erneut aufgenommen worden.

§ Eine erhebende Saarlundgebung in Osnabrück und zwar im Evang. Vereinshaus veranstaltete am 15. November die Deutsche Volkspartei, in deren Mittelpunkt ein Vortrag mit Lichtbildern über „Das Saargebiet im Kampfe mit der Fremdherrschaft“ stand. Das „Osnabrücker Tageblatt“ und die „Osnabrücker Volkszeitung“ berichten darüber folgendes: Der Versammlungsleiter Dr. Sperling begrüßte die Anwesenden und wies weiter darauf hin, daß der Abend ein vaterländischer sein solle, frei von jeder Parteipolitik, an dem die Stimmen der Parteien schweigen müßten. Denn man erstrebe einmütig das eine Ziel, das gesamte Vaterland frei zu sehen von dem Druck der Fremdherrschaft. Der Blick der Brüder und Schwestern, die unter dem Druck der Fremdherrschaft leiden, gehe hinüber in das alte Deutschland, und man verlange herzliche Anteilnahme an dem Geschick der Bedrängten. Der Hauptredner, Verwaltungsdirektor Th. Vogel Berlin, führte dann in seinem mehr als einstündigen Vortrage u. a. aus: Der Saar-Ber-ein steht grundsätzlich fern jeder Parteipolitik und jeder Konfession, er will überhaupt alle Kräfte zusammenhalten, zur baldigen Befreiung des ferndeutschen Saargebiets, er will den bedrängten Bewohnern einen Rückhalt bieten in ihrer Not und ihrem Leid, er will das Deutschtum festigen und stärken. Dieser geschlossenen Einheitsfront von rechts und links verdanken wir es, daß wir heute im Saargebiet eine einige deutsche Bevölkerung feststellen können. Die Saarbevölkerung hat nie ein Fehl aus ihrer vaterländischen Gesinnung gemacht. Schon in den Tagen nach dem Zusammenbruch von 1918 richteten saarländische Männer eine Eingabe an den Präsidenten Wilson, daß man deutsch bleiben wolle; dieses Bekenntnis zum Deutschtum ist das Leit-motiv jeglichen Kampfes gewesen. Zollgrenzen und sonstige draconische Maßnahmen, die das Saargebiet vom Mutterlande

Nur noch Vierteljahrsbezug des „Saar-Freund“.

Nach einer Verfügung des Reichspost-Ministeriums werden

vom 1. Januar 1927 ab

periodische Zeitschriften mit weniger als 70 Pfg. Monatsbezugspreis nur noch im Vierteljahrsbezug bei den Postanstalten angenommen. Unter diese Bestimmung fällt auch der „Saar-Freund“, der monatlich 0,50 Mk., also

1,50 Mk. im Vierteljahr

kostet. Wir bitten alle unsere Leser, nicht überrascht zu sein, wenn der Briefträger im Dezember den Bezugspreis für den „Saar-Freund“ gleich für ein Vierteljahr einziehen wird. Wir können an dieser behördlichen Bestimmung nichts ändern. Im übrigen sollte aber auch diese Maßnahme für unsere Freunde in Stadt und Land nur ein neuer Anlaß sein,

neue „Saar-Freund“-Leser

zu werben. Wir möchten annehmen, es sollte keine allzu gewaltige Aufgabe sein, daß

1. jede Ortsgruppe

ihre Mitglieder ohne Ausnahme zum Bezug des „Saar-Freund“ veranlaßt,

2. jeder „Saar-Freund“-Leser

in seinem Bekanntenkreis wenigstens einen neuen Leser dem „Saar-Freund“ zuführt. Für etwas mehr als

1½ Pfg.

im Tag kann sich jeder, der hierzu den guten Willen hat, durch Bezug des „Saar-Freund“ über die Vorgänge im Saargebiet unterrichten.

Verlag des „Saar-Freund“.

kiennen sollten, haben nicht das Herz des Saarbewohners vom übrigen Deutschland losreißen können. Das Saargebiet ist wiederholt das Opfer französischer Raubgier geworden, aber bisher hat es noch keine französische Herrschaft vermocht, das Saarland von Deutschland loszulösen, und die Abstimmung von 1935 wird das gleiche Ergebnis zeitigen. Die vaterländische Erziehung der Jugend hat dem Saargebiet die Kraft gegeben, auch trotz des Krieges, wo Hunderte von Saarbewohnern durch Fliegerbomben getötet und verletzt wurden, treu auszuhalten. Als die deutschen Heere zurückmarschierten, da wurde den heimkehrenden Truppen ein überaus herzlicher Empfang zuteil. Als dann die Franzosen kamen, zeigte sich ein neues, erhebbendes Bild treuer, deutscher Vaterlandsliebe, alle Fahnen, alle Girlanden und Ehrenbögen usw. waren verschwunden, die Fenster geschlossen, jeder Bürger zog sich trauernd zurück, und in den französischen Berichten wird mit aller Deutlichkeit gesagt, welch ein unerwartet kühler Empfang den Franzosen bereitet wurde. Die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes war immer wieder der Anlaß, daß die Franzosen ihre raubgierigen Hände nach diesem schönen und besonders durch seine reichen Kohlenvorräte so bedeckenden Lande ausstreckten. Ueber vierzig Gruben mit einer Belegschaft von etwa 76 000 Mann stehen heute im Frondienst der Franzosen, die durch ihre finanzielle Beteiligung schon heute mehr als die Hälfte der Gruben im Besitz haben. Neben den großen Kohlenvorräten sind noch die großen Eisenhüttenwerke und die Maschinen-, Glas-, Tonwaren-, Holz- und Sprengstoffindustrie zu nennen. Schönheit der Landschaft und wirtschaftlicher Reichtum vereinigen sich hier, wo eine unvermischte deutsche Bevölkerung wohnt, die treu zur deutschen Heimat hält. Wir haben unseren Arbeitererlass bei der Vermehrung der Belegschaften stets aus dem deutschen Hinterland genommen; daher erklärt es sich, daß gerade auch die Arbeiterschaft sich durch eine beispiellose Treue zum deutschen Volkstum auszeichnet. Arbeiterschaft, Bürgerschaft und Bevölkerung stehen treu zusammen, kurz, eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten kämpft für die Erhaltung des Volkstums.

Besonders hervorzuheben ist auch das musterergültige Verhalten der katholischen und evangelischen Geistlichkeit. Vorbildlich hat vor allem Bischof Korum von Trier gehandelt, der die Zumutung der französischen Regierung, einen Teil seiner Diözesen dem Meier Bistum zuzuschlagen, ebenso energisch abwies, wie es sein Nachfolger, Bischof Bornwasser, getan hat.

Die größte Fälschung stellt die sog. Saarlüge dar, nach der im Saargebiet 150 000 Franzosen vorhanden sein sollen. Aus dem Saargebiet ist zwar ein Mandatsgebiet des Völkerbundes geworden, aber trotzdem werden die Saarländer mit Autokratie und Despotismus regiert, wie einmal Redner aller Parteien im englischen Unterhaus festgestellt haben. Während der Zeit der französischen Militärgewalt waren Schikanen aller Art: Verhaftungen, Ausweisungen, drafonische Urteile der Kriegsgerichte, Knebelung der Presse usw. an der Tagesordnung, um die Bevölkerung mundtot zu machen. Man hatte gehofft, daß es unter der Saar-Regierungskommission besser

werden würde; aber sie setzt sich aus einem Kanadier, einem Belgier, einem Tschechoslowaken, einem Franzosen und einem Saarländer zusammen. Daß bei dieser Zusammensetzung alles beim alten blieb, ist hier nicht weiter verwunderlich. Die französische Besatzung ist vertragswidrig dageblieben, vertragswidrig gilt noch heute die französische Währung, die deutsche Sozialpolitik ist zertrümmert, französische Propagandastellen sind eingerichtet, und überhaupt wird alles getan, um die Bevölkerung im Sinne der französischen Machtpolitik zu bearbeiten. Die Hoffnungen, die Locarno erweckt hat, teilen wir insofern, daß wir wünschen, daß sich dieser neue Geist auch im Saargebiet immer mehr auswirken möge. Wir verlangen keine Teillösung, sondern eine völlige Neuordnung im Interesse der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes und eine Beschleunigung der Volksabstimmung unter der Bedingung, daß gleichzeitig mit der Abstimmung die zweite und dritte Rheinlandzone geräumt wird, damit nicht nachher das Saarland als besetztes Gebiet behandelt wird. Wir verlangen die restlose Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland. Um die Abstimmung haben wir keine Sorge, denn Frankreich hat das Spiel für immer verloren. Dem gesamten Saar-Volke aber gebührt Dank für seine vorbildliche Treue. Es wird mit der übrigen deutschen Bevölkerung stets an dem Wahlspruch halten: „Deutsch die Saar immerdar!“ — Anschließend an die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners wurde eine Reihe von Lichtbildern gezeigt, die das schöne Saarland in seiner ganzen Pracht wie auch seiner wirtschaftlichen Bedeutung vor den Augen der Anwesenden erscheinen ließen. Umrahmt wurde der Abend durch musikalische Vorträge der Jugendgruppe.

Bücherbesprechung.

Ueber die bekannte Zeitschrift „Rheinische Heimatblätter“ schreibt die „Saarbrücker Zeitung“ vom 16. November 1926 folgendes: „Preußen, Rheinland und Saar“ lautet der Titel der November-Nummer der „Rheinischen Heimatblätter“. Sie behandelt die historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge Preußens mit seinen Westmarkgebieten und entrollt ein buntes Bild der Wechselbeziehungen zwischen Preußen und dem Rheinland von 1815 bis zur Jetztzeit. Aus dem Inhalte erwähnen wir folgende Aufsätze: „Preußen und die deutsche Kultur im Rheinland“ von Archivrat Dr. Schubert, „Katholizismus im Rheinland und Preudentum“ von Prof. Dr. Spahn, „Preußen und die öffentliche Meinung im Rheinland“ und „Gneisenau und Görres“ von Dr. Wohlers, „Die Rheinländer im preußischen Verfassungskampf von 1848/50“, „Die Rheinländerinnen und die politische Bewegung von 1848/49“ von Prof. Dr. Busch, „Das Saarland und Preußen“ von Dr. Schubert, „Goethe und Freiherr vom Stein“ von Dr. Roth. Aus dem literarischen Teil ragen hervor: „Die Rheinische Landschaft“ von Josef Bonten und ein Akt aus Kurt Heynides Schauspiel „Kampf um Preußen“. Vorbestellungen nimmt schon jetzt der Verlag — Rheinische Verlagsgesellschaft Koblenz — und jede bessere Buchhandlung entgegen.

Heimat und Volk

Politisch-kulturelle Zeitschrift
zur Pflege deutschen Volkstums und Volksbewußtseins

„Heimat und Volk“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kann durch die Geschäftsstelle Berlin S 14, Stallschreiberstraße 4 bezogen werden. / Vierteljahresbezug 1,25 RM.; für das Ausland halbjährlich 3.— RM. / Probenummern sind unter Befugung von 1.— RM. anzufordern.

Aus dem Inhalt der bisher erschienenen Hefte:

Heimat und Volkstum — die Grundlagen deutscher Politik / Deutsches Volk und deutsche Pflicht / Unser Weg zur Volksgemeinschaft / Das deutsche Erbbild / Politik und Bildung / Staatsgedanken und Staatsgesinnung / Frankreichs farbige Heer / Frankreichs nationale Verteidigung / Das baltische Problem / Wälder von der Vogelweide / Ludwig Fied, der Dichter des Deutschtums / Theodor Storm / Hermann der Cherusker und die Varusschlacht.

Buchhandlung Felig Kuttel

Inhaber: Paul Regitz

Charlottenburg, Schillerstraße 124

Liefert Bücher und
Zeitschriften aller Art, besonders saarländische
Heimatliteratur.

Auf Wunsch Ratenzahlungen. Prospekt jederzeit!

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Berein E. B., Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernsprech. Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 653 36 oder auf Deutsche Bank, Depotkassette O, Berlin SW. 47, Balle-Allianz-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Berein E. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Berein E. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schulverlag, Berlin SW. 11.